



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

40. Sitzung

Hannover, den 5. Februar 2019

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin	3619
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	3619

Tagesordnungspunkt 2:

Regierungserklärung des Finanzministers zum Thema „Aktuelle Entwicklungen bei der NORD/LB“ - Unterrichtung - Drs. 18/2732	3619
Reinhold Hilbers , Finanzminister	3619
Stefan Wenzel (GRÜNE)	3624
Frauke Heiligenstadt (SPD)	3627, 3631, 3645
Dr. Stefan Birkner (FDP)	3632, 3646
Ulf Thiele (CDU).....	3635
Peer Lilienthal (AfD)	3640
Anja Piel (GRÜNE).....	3643

Nächste Sitzung.....	3646
----------------------	------

Vom Präsidium:

Präsidentin	Dr. Gabriele A n d r e t t a (SPD)
Vizepräsidentin	Petra E m m e r i c h - K o p a t s c h (SPD)
Vizepräsident	Bernd B u s e m a n n (CDU)
Vizepräsident	Frank O e s t e r h e l w e g (CDU)
Vizepräsidentin	Meta J a n s s e n - K u c z (GRÜNE)
Schriftführer	Markus B r i n k m a n n (SPD)
Schriftführer	Matthias M ö h l e (SPD)
Schriftführerin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriftführerin	Sabine T i p p e l t (SPD)
Schriftführer	Rainer F r e d e r m a n n (CDU)
Schriftführerin	Gerda H ö v e l (CDU)
Schriftführerin	Gudrun P i e p e r (CDU)
Schriftführer	Heiner S c h ö n e c k e (CDU)
Schriftführer	Belit O n a y (GRÜNE)
Schriftführer	Hillgriet E i l e r s (FDP)
Schriftführer	Christopher E m d e n (AfD)
Schriftführer	Stefan H e n z e (AfD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris P i s t o r i u s (SPD)	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Reinhold H i l b e r s (CDU)	Staatssekretärin Doris N o r d m a n n , Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Dr. Carola R e i m a n n (SPD)	Staatssekretär Heiger S c h o l z , Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusminister Grant Hendrik T o n n e (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisie- rung Dr. Bernd A l t h u s m a n n (CDU)	Staatssekretär Dr. Berend L i n d n e r , Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitali- sierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbrau- cherschutz Barbara O t t e - K i n a s t (CDU)	
Justizministerin Barbara H a v l i z a (CDU)	Staatssekretär Dr. Stefan v o n d e r B e c k , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Björn T h ü m l e r (CDU)	Staatssekretärin Dr. Sabine J o h a n n s e n , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klima- schutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Birgit H o n é (SPD)	Staatssekretärin Jutta K r e m e r , Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 13.31 Uhr.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums und eröffne die 40. Sitzung im 15. Tagungsabschnitt des Landtages der 18. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen der Präsidentin

Meine Damen, meine Herren, ich möchte Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Am 1. Februar 2019 verstarb der ehemalige Abgeordnete Dr. Peter Fischer im Alter von 77 Jahren.

Dr. Peter Fischer gehörte dem Niedersächsischen Landtag als Mitglied der SPD-Fraktion von 1994 bis 2003 an. Vom 21. Juni 1990 bis zum 12. Dezember 2000 bekleidete er das Amt des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr. Anschließend gehörte er bis zum März 2003 dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen an. Dr. Peter Fischer wurde mit dem Großen Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens ausgezeichnet.

Wir werden den Kollegen in guter Erinnerung behalten und widmen ihm ein stilles Gedenken. - Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich stelle die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Die Einladung und die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen vor.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr Onay mit.

Schriftführer Belit Onay:

Es haben sich entschuldigt: von der Fraktion der CDU Karsten Heineking und Dr. Stephan Siemer sowie von der Fraktion der FDP Hillgriet Eilers und Hermann Grupe.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Onay. - Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 2:

Regierungserklärung des Finanzministers zum Thema „Aktuelle Entwicklungen bei der NORD/LB“ - Unterrichtung - [Drs. 18/2732](#)

Zunächst erteile ich Herrn Finanzminister Hilbers das Wort für die angekündigte Regierungserklärung. Bitte, Herr Minister!

Reinhold Hilbers, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die NORD/LB stellt eine bedeutende Beteiligung des Landes Niedersachsen dar. Wir stellen die Bank wieder auf ein solides Fundament. Das ist das Ergebnis monatelanger harter Arbeit, unzähliger Gespräche und Verhandlungen.

Ich will Ihnen vorweg sagen: Die NORD/LB ist eben nicht die HSH. Die NORD/LB ist eine Bank, die in allen Geschäftsbereichen profitabel arbeitet und gutes Geld verdient - bis auf das Schiffsportfolio. In diesen Bereich sind in den vergangenen Jahren über 7 Milliarden Euro an Risikovorsorge geflossen, die in anderen Geschäftsbereichen verdient worden sind, meine Damen und Herren.

Die derzeitige schwierige Lage der NORD/LB kommt nicht aus heiterem Himmel. Sie hat eine lange Geschichte. In der Vergangenheit sind, wie bei zahlreichen anderen deutschen Banken ebenfalls, bei der NORD/LB und bei der Bremer Landesbank zu viele Schiffskredite gezeichnet worden. Aufgrund des schwachen Schifffahrtsmarktes, der sich eingestellt hatte, sind viele dieser Kredite notleidend - non-performing loans, wie es die Banker nennen.

Als ich im November 2017 den Aufsichtsratsvorsitz der Bank übernahm, war die Bank infolge der Entwicklung der letzten Jahre mit drei großen Problemen belastet:

Erstens. Die Bank hat, wie beschrieben, ein großes Portfolio an notleidenden Schiffskrediten, die sie belasten.

Zweitens. Die Bank hat eine zu niedrige Eigenkapitalquote, die nur knapp über den Mindestanforderungen der Bankenaufsicht liegt, und ist damit immer in der Gefahr, die Vorgaben der Bankenaufsicht zu reißen.

Drittens. Die Ratingagenturen sehen die Bank sehr kritisch. Mitte 2017 hat die große amerikanische Ratingagentur Moody's die NORD/LB abgewertet. Sie verharrt seitdem auf einem Stand knapp über

dem sogenannten Ramschniveau - und das, obwohl die Bank außerhalb der Schiffskredite, wie ich es eben betont habe, in allen anderen Bereichen profitabel arbeitet und die Verluste aus den Schiffskrediten bisher selbst verarbeitet hat.

Als erste Maßnahme hat die Bank bereits im Jahre 2018 die Veräußerung von zwei großen notleidenden Schiffskreditportfolien initiiert, um sich von den Belastungen zu trennen und im Markt als saubere Bank zu gelten. Die Verkäufe dieser Schiffskreditportfolien werden aber nur mit erheblichen Verlusten erfolgen können, die Auswirkungen auf das Eigenkapital haben. Da schließt sich wieder der Kreis, dass eine Kapitalmaßnahme notwendig wird, wenn diese Transaktionen durchgeführt werden.

Letzten Samstag, als für diese Lösung nun eine Perspektive bestand, haben der Vorstand der Bank und die zuständigen Gremien beschlossen, eines dieser Portfolien an einen Bieter zu verkaufen. Die Aufsicht wurde darüber informiert und wird in den kommenden Wochen von der NORD/LB einen konkreten Kapitalplan anfordern. Diesen wird die NORD/LB jetzt erstellen, um mit der Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen eine Kapitalstärkung der Bank zu erreichen.

Selbst wenn die Verkäufe nicht vollzogen würden, würde ein hoher Wertberichtigungsbedarf bestehen. Dieser führt zu einer erheblichen Belastung des Eigenkapitals sowie dazu, dass die aus Sicht der Bankenaufsicht notwendigen Eigenkapitalquoten unterschritten werden. Damit kommt man zu dem klaren Ergebnis: Die Bank benötigt Kapital und kann dies aus eigener Kraft nicht schaffen.

Um eine nachhaltige Ausrichtung der Bank zu sichern, wurden seit Januar 2018 verschiedene Optionen geprüft. Für mich war von vornherein klar, dass jede Maßnahme sowohl den Bestimmungen des europäischen Beihilferechts - also beihilfefrei erfolgen muss - als auch den Bestimmungen des Bankenaufsichtsrechts genügen muss. Das Finanzministerium und auch ich persönlich haben bereits im Frühjahr den Kontakt mit den wichtigen Stakeholdern und auch mit der Europäischen Kommission gesucht. Die europäischen Wettbewerbshüter verlangen einen sogenannten Private-Investor-Test, um die Beihilfefreiheit nachzuweisen.

Um diesen im Rahmen eines sogenannten Pari Passu zu bestehen, haben wir die Suche nach dritten Investoren aus dem Markt aufgenommen. Dabei hatten wir sowohl die Möglichkeit im Auge,

dass diese Investoren die ganze Bank übernehmen könnten, oder eine Bank belastet um die notleidenden Schiffskredite oder eben einen wesentlichen Anteil an der Bank zusammen mit dem Land, bei dem wir als Land die Mehrheit behalten. Das Verfahren war offen gestaltet. Alle Beteiligten haben diesen Prozess sehr ernsthaft betrieben. Es gab für mich nie Denkverbote. Daher haben wir uns von Anfang in keine Richtung beschränkt. Wir hatten auch Interessenten aus dem Landesbankensektor, was ich insgesamt sehr begrüßt habe.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung, die in den letzten Monaten eintrat, hat diesen Prozess nicht unbedingt begünstigt. Der Markt hat sich insgesamt eher gegen uns gedreht. Der Abwärtstrend, der sich beispielsweise bei den Aktienkursen der Commerzbank und der Deutschen Bank widerspiegelt, spricht Bände. Auch die Entwicklung der Bank selbst war alles andere als in die positive Richtung drehend. Daher hatten u. a. zunächst die Landesbanken Abstand von einem Zusammengehen mit der NORD/LB genommen. Das lag in einem Fall sicherlich auch daran, dass der hessisch-thüringische Sparkassenverband nicht mit dem niedersächsischen Sparkassenverband übereinkam.

Ende Januar kam schließlich ein Angebot zweier privater Investoren. Diese Investoren gehen davon aus, dass die Bank, wirtschaftlich betrachtet, einen negativen Wert hat. Das ist insbesondere aus den Börsenentwicklungen abgeleitet. Hier zeigen sich die bereits beschriebenen Entwicklungen an den Märkten.

Meine Damen und Herren, daher sehen die Investoren neben einer Kapitalbeteiligung des Landes Niedersachsen vor, dass wir als Land u. a. dauerhaft Altverpflichtungen wie beispielsweise Pensionsverpflichtungen aus der Bilanz der NORD/LB übernehmen. Das wäre für uns aber nicht wirtschaftlich gewesen. Schließlich hätten wir uns auf eine Belastung von über 3 Milliarden Euro einlassen müssen, während die Investoren ein Investment von einer guten halben Milliarde Euro geleistet hätten.

Mit der Fokussierung auf das Modell des DSGVO stehen wir nunmehr kurz davor, die NORD/LB wieder auf ein solides Fundament zu stellen. Das ist, wie ich schon sagte, das Ergebnis harter Arbeit und unzählig vieler Gespräche und Verhandlungen, die wir geführt haben.

Ich bin dem Sparkassen- und Giroverband für seinen Beschluss in den Gremien am letzten Donnerstag sehr dankbar. Der Verband hat so den Weg für eine Zukunft des öffentlich-rechtlichen Sektors im deutschen Bankenwesen freigemacht. Ich bin optimistisch, dass alle Träger der Bank unseren Weg gemeinsam mitgehen können und wir auch mit der Bankenaufsicht und der Europäischen Kommission eine gemeinsame Lösung finden werden.

Für uns ist wichtig, dass wir nun eine Lösung gefunden haben, die den politischen, wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Interessen des Landes Niedersachsen entspricht und gerade diese wichtigen Ziele kombiniert. Wir haben dabei das bestmögliche Verhandlungsergebnis erreicht. Auch die Ratingagentur Moody's hat sich am Montag sehr wohlwollend zu diesem Ergebnis geäußert.

Gleichzeitig können wir mit dieser Lösung die Grundlage für eine Konsolidierung des gesamten öffentlich-rechtlichen Bankensektors legen, für die wir offen sind. Das Land Niedersachsen steht hier in einer ganz besonderen Verantwortung.

Meine Damen und Herren, was wären die Alternativen gewesen?

Ich habe Ihnen kurz dargelegt, dass wir am Ende nur ein ernsthaftes Angebot aus dem Markt erhalten haben. Die in der Endphase verbliebenen zwei Bieter hatten sich entschlossen, ein gemeinsames Angebot abzugeben. Dieses Angebot enthält aber, wie ich eben ausgeführt habe, nur einen geringen Preis für 49 % der Bank und hohe Belastungen für das Land Niedersachsen.

Nun liegt eine Offerte des Sparkassensektors vor. Dort ist eine Offerte beschlossen worden - nicht ein Ergebnis gegenseitiger Verhandlungen -, die eine solide Basis für eine zukunftsfähige Bank sein wird.

Alternativ zu diesen Varianten könnte man über verschiedene Dinge nachdenken. Auch diese Punkte will ich hier deutlich ansprechen.

Alternativ zu den beiden Varianten, die ich geschildert habe, nämlich die Investition eines Privatinvestors oder die DSGV-Lösung, könnte auch die Abwicklung der Bank über das Single Resolution Board (SRB) in Brüssel erfolgen. Das könnte grundsätzlich in Betracht kommen, meine Damen und Herren. Allerdings setzt dies voraus, dass eine Institutssicherung, wie sie der Sparkassensektor gewährt, als milderes Mittel nicht zur Verfügung stehen würde. Verbunden mit dieser Variante wäre

also zunächst die Prüfung, ob dieses milde Mittel der Institutssicherung in Anspruch genommen werden könnte. Diese Variante wäre mit dem Risiko der Inanspruchnahme für das Land im Rahmen der Gewährträgerhaftung verbunden. Es bedeutet zudem den Verlust der Kontrolle der Abwicklung für das Land. Auch wäre diese Variante mit erheblichen Auswirkungen auf das Sparkassenlager in Niedersachsen, aber auch über Niedersachsen hinaus und gegebenenfalls für die Kunden in der Region verbunden.

Geprüft wurde auch eine Abwicklung in eigener Regie. Hier hatte auch die Aufsicht nach einem Plan zur sogenannten freiwilligen Abwicklung gefragt. Dieser Bitte sind wir nachgekommen. Die Bank und die Wirtschaftsprüfer kamen zu dem Ergebnis, dass ein Garantieschirm von über 20 Milliarden Euro notwendig gewesen wäre, der vermutlich aus dem Landeshaushalt hätte kommen müssen; denn der Sparkassensektor hätte dies sicherlich nicht leisten können. Meine Damen und Herren, wer hätte sich auf dieses Wagnis einlassen wollen? Wir haben diese Variante nicht als realistisch für uns betrachtet und uns gegen diese Variante entschieden.

Meine Damen und Herren, für das Land Niedersachsen geht es um unser Landesvermögen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: So ist es!)

Das sehen wir am besten gesichert durch eine gemeinsame Lösung mit dem Sparkassensektor, der insgesamt 1,2 Milliarden Euro investieren wird. Das ist ein gutes Ergebnis.

Nach unseren Plänen werden wir - das Land Niedersachsen - für unseren Anteil von bis zu 1,5 Milliarden Euro zuzüglich weiterer Abschirmungen in Höhe von ungefähr 1 Milliarde Euro kein Steuergeld einsetzen. Das wird also kein Steuergeld sein!

(Christian Grascha [FDP] lacht)

Über eine Beteiligungsgesellschaft können wir die Finanzierung der Maßnahmen sicherstellen. Die Finanzierungskosten werden aus den Dividenden gezahlt, die die neu aufgestellte NORD/LB ausschütten kann. Dies wäre somit ein in sich geschlossenes System, das kein Steuergeld benötigt. Das war und ist unser Ziel, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich habe immer gesagt und werde auch weiterhin sagen und bleibe dabei: Wir wollen eine marktwirt-

schaftliche Lösung der Herausforderungen bei der NORD/LB, die sich selbst rechnet. Wir brauchen das auch schon aus beihilferechtlichen Gründen.

Fest steht, meine Damen und Herren, dass die Bank neu aufgestellt werden muss. Ein einfaches „Weiter so!“ wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Bank muss strukturell verändert werden. Mittelfristig sehen wir, dass sich die Bank auf ihre ertragreichen Kernaufgaben fokussiert. Wir arbeiten gemeinsam mit dem DSGV an einer Konkretisierung eines nachhaltig profitablen Geschäftsmodells und Businessplans, die eine sichere Gewähr dafür bieten, die Bank in eine gute Zukunft zu führen, ohne erneute Kapitalmaßnahmen zu erfordern.

Lassen Sie mich ein Wort zur Braunschweigischen Landessparkasse sagen. Die BLSK bleibt zunächst Bestandteil der NORD/LB und ist somit gesichert. Ein Erfolg, wie ich meine, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das gibt uns die Chance, in aller Ruhe und mit aller Sorgfalt zu einem späteren Zeitpunkt mit den künftigen Trägern der NORD/LB über die weitere Zukunft der BLSK innerhalb der Sparkassenorganisation zu entscheiden.

Viele Fragen sind noch zu klären. Im Rahmen des jetzt zu findenden Geschäftsmodells der künftig schlanker aufgestellten NORD/LB kenne ich niemanden, der wichtige Standorte in Niedersachsen, wie Hannover, Braunschweig oder Oldenburg, infrage stellen will, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn wir aber gemeinsam mit dem Sparkassenverband eine umfangreiche Vereinbarung über die künftige Ausrichtung, Struktur und Größe der NORD/LB erarbeiten, werden wir auch über eine Konsolidierung der Landesbanken nachdenken müssen, die ich persönlich für sinnvoll halte. Zumindest werden wir uns offen zeigen, uns einer solchen Überlegung nicht verschließen.

Fragen rund um die NORD/LB darf man sich nicht nur aus rein wirtschaftlichen Perspektiven stellen. Es ist wichtig, einen gesamtökonomischen Blick auf die NORD/LB zu werfen. Das gilt umso mehr, weil die NORD/LB in Niedersachsen tief verwurzelt ist. Sie ist eine wichtige Beteiligung des Landes Niedersachsen, die wir durch unser Engagement

wieder stärken wollen. Sie ist Partner der niedersächsischen Wirtschaft. Sie unterstützt kleine, mittlere, aber auch große Unternehmen, insbesondere Familienunternehmen, bei der Finanzierung von wichtigen Investitionen für die Zukunft. Damit haben wir eine Bank, die die Ideen der Menschen in Norddeutschland kennt und vor Ort umsetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie verfügt über profitable Geschäftsfelder. Sie hat viel Know-how. Zugleich ist die Bank ein bedeutender Arbeitgeber nicht nur in der Region Hannover, in Braunschweig, Oldenburg und an vielen Standorten Nord- und Ostdeutschlands. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihren Familien wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten Sicherheit geben, indem wir qualifizierte Arbeitsplätze in Niedersachsen erhalten und festigen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Eine Restrukturierung, die dieser Bank nottut, ist aber genauso wie bei jedem anderen Unternehmen immer mit Einschnitten bei der Belegschaft verbunden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien haben das Recht, dass alle im politischen Raum mit diesen Fragen sehr sensibel umgehen.

Die Bank hat bereits über einen sogenannten One-Bank-Prozess erste Schritte zur Verminderung der Mitarbeiterzahl eingeleitet. Im Rahmen der Restrukturierung werden wir bei der Neuausrichtung des Unternehmens wieder Arbeitsplätze abbauen müssen. Auch in den anderen Szenarien, die ich eben aufgeführt habe, wären Arbeitsplätze abgebaut worden. Der Prozess, den wir anstreben, ist sicherlich der schonendste und beste für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Um diesen Prozess der Neustrukturierung und des Abbaus von Arbeitsplätzen zu gestalten, sind wir im engen Austausch mit den Gremien der Bank, mit Vertretern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den Gewerkschaften und vielen anderen.

Wir wollen eine restrukturierte, gesunde, schlagkräftige Bank in Norddeutschland. Nur wenn uns das gelingt, meine Damen und Herren, haben wir die Gewähr dafür, dass wir in Niedersachsen auf Dauer gute, sichere und qualifizierte Arbeitsplätze im Bankensektor haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Wahrscheinlichkeit, dass in späteren Jahren weiterer Kapitalbedarf bestehen könnte, wird durch das ausgewogene Geschäftsmodell, das ohne Klumpenrisiken auskommen muss, wie sie bisher im Schiffsbereich der Fall waren, und das eine umfassende Redimensionierung erhalten wird, erheblich sinken. Die Bank wird sicherer werden, meine Damen und Herren.

Nach dem Spiel ist bekanntlich vor dem Spiel, wie man in der Fußballersprache sagt. Ich will das, was mit diesem Spruch lapidar ausgedrückt wird, aufgreifen und sagen: Wir haben eine Richtungsentscheidung getroffen. Das ist viel. Aber es liegt noch ein hartes Stück Arbeit vor uns.

Wir werden jetzt mit dem Sparkassenverband und den weiteren Trägern der Bank ausarbeiten, wie die NORD/LB in Zukunft genau aufgestellt sein soll.

Wir müssen mit den Brüsseler Wettbewerbshütern einen Weg finden, dass die Neugestaltung der NORD/LB nicht als Beihilfe angesehen wird.

Drittens, meine Damen und Herren, werden die Parlamente - Sie - selbstverständlich umfassend eingebunden.

Wir werden in Niedersachsen ein Finanzierungsgesetz einbringen und dabei das Parlament - Sie - und die Öffentlichkeit umfangreich informieren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir werden den Staatsvertrag ändern müssen. Auch dafür werden wir die Zustimmung des Parlaments benötigen. Wir werden Sie in umfangreicher Art und Weise über die ganzen Fragen, die damit zusammenhängen, informieren, insbesondere was die Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern betrifft.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Bei einem länderübergreifenden Gesetzgebungsverfahren sollte das selbstverständlich sein!)

Sie sehen: Wir sind mit vielen Themen befasst, die das Land Niedersachsen betreffen. Mir war und ist es immer ein großes Anliegen, den Haushaltsausschuss regelmäßig und auch aus eigenem Antrieb in vertraulichen Sitzungen über den Stand der Entwicklungen zu informieren und Sie alle mitzunehmen.

Was wir hier durchführen, ist vor dem Hintergrund, dass sich diese Bank und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank jeden Tag am Markt behaupten

müssen, so etwas wie eine Operation am offenen Herzen. Sie erfordert Sorgfalt und Beachtung von allen Seiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir haben es an verschiedenen Stellen und durch verschiedene Mitteilungen und Diskussionen in den vergangenen Monaten immer wieder merken können: Finanzmärkte sind äußerst empfindlich. Kleinste Störungen können zu einer Vertrauenskrise und Vertrauensschwächung führen. Auch zehn Jahre nach Lehman Brothers ist die Situation noch nicht stabil, was Sie an der Entwicklung der Börsenkurse von Unternehmen, insbesondere der großen deutschen Banken, ablesen können.

Es geht um den Wert des Landes Niedersachsen. Die Beteiligung an der NORD/LB stellt einen ganz wesentlichen Wert des Landes Niedersachsen dar. Das Unternehmen ist ein Asset des Landes Niedersachsen.

Wir haben es in Niedersachsen bisher immer so gehalten, dass wir in schwierigen Fragen, gerade was das Landesvermögen und wichtige Beteiligungen angeht, zusammengestanden haben. Ich kann mich an alte Zeiten erinnern, als in einem anderen Saal, aber in diesem Haus über die NORD/LB diskutiert worden ist. Ich kann mich auch daran erinnern, dass wir die schwierigen Fragen des VW-Gesetzes hier im Haus thematisiert haben und mit welcher Einheitlichkeit und mit welcher Stärke dieses Parlament den Unternehmen jeweils den Rücken gestärkt und den Handelnden Zuversicht und Stärke mit auf den Weg gegeben hat.

Gut ist, wenn wir diese Kultur auch bei dieser Herausforderung, der Weiterentwicklung und Neustrukturierung der NORD/LB, fortsetzen und weiterhin zusammenstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten in dieser Frage große Transparenz gepflegt, damit alle über einen guten Informationsstand über das verfügen, worüber wir im Einzelnen verhandeln und an welchen Themen wir dran sind.

Lassen Sie uns also gemeinsam im Sinne des Landes Niedersachsen und für die Menschen, die bei der NORD/LB arbeiten, die auf die NORD/LB setzen und die wichtige Kunden der NORD/LB sind, eine gute Lösung finden!

Ich werde mich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, die jetzt noch anstehenden Fragen zu lösen und voranzubringen.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn aus diesem Haus, von dieser Sondersitzung heute, das eindeutige Signal auch über die Regierungsfaktionen hinaus ausginge: Das Land Niedersachsen steht zur Bank!

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Hilbers. Wir danken Ihnen für die Abgabe der Regierungserklärung.

Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung 22 Minuten gedauert hat. Entsprechend unseren Gepflogenheiten erhalten die Fraktionen der SPD und der CDU jeweils ebenfalls 22 Minuten Redezeit. Da die Fraktionen im Ältestenrat übereingekommen sind, dass in diesem Fall die drei Oppositionsfraktionen jeweils über mindestens 18 Minuten Redezeit verfügen sollen, weichen wir insoweit von unseren Gepflogenheiten ab, und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der FDP und die Fraktion der AfD erhalten damit jeweils 18 Minuten Redezeit.

Ich eröffne die Aussprache. Die größte Oppositionsfraktion beginnt. Ich gebe das Wort Herrn Abgeordneten Wenzel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte, Herr Kollege!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Hilbers, Ihre Regierungserklärung und auch Ihre Pressekonferenz haben mich ein wenig an den Zauberlehrling erinnert. Sie wollen als Chefbanker des Landes ein „in sich geschlossenes System schaffen, das kein Steuergeld benötigt“. Das halte ich für eine Illusion.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der FDP und bei der AfD)

Das erinnert mich zudem an Ihren Vorgänger Hartmut Möllring bei der letzten von mittlerweile drei notwendigen Kapitalerhöhungen der NORD/LB seit 2004. Zitat: Ich komme nie wieder und bitte um Geld für die NORD/LB.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Er ist ja auch gegangen! - Christian Meyer

[GRÜNE]: Abgewählt! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das sagte Minister Möllring sinngemäß nach der Einlage der Träger in Höhe von 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2011.

Meine Damen und Herren, Herr Hilbers, Ihre Pläne von der Pressekonferenz am vergangenen Freitag in Berlin müssen den Realitätstest noch bestehen. Mit Stand von heute habe ich da große Zweifel. Es ist bedenklich, dass Sie wie Ihr Vorgänger weiteren Kapitalbedarf nicht kategorisch ausgeschlossen haben. Es ist bedenklich, dass Sie eine Eigenständigkeit der Braunschweigischen Landessparkasse nur als vorsichtige Option erwähnt haben. Und bedenklich ist vor allem, dass Sie kaum auf die Rechtslage, die Bankenaufsicht und das Beihilfethema eingegangen sind.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: So ist es!)

Lassen Sie mich einen Blick auf die letzten zwei Jahre werfen! Zum Glück dokumentiert und protokolliert das Internet sehr genau die Vielfalt der finanzpolitischen Pirouetten von SPD und CDU zur NORD/LB. Hier einige Beispiele.

CDU-Pressemitteilung von April 2017:

„Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, übt Kritik an der Informationspolitik von Minister Schneider zu den Millionenverlusten bei der NORD/LB.“

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ach! - Christian Grascha [FDP]: Das war auch berechtigt!)

„Die NORD/LB zählt zu den wichtigsten Beteiligungen des Landes. Bei einer Verlustmeldung in Höhe von 2 Milliarden Euro haben Parlament und Öffentlichkeit das Recht, vom Finanzminister über die Hintergründe dieser Entwicklung informiert zu werden.“

Im *Weser-Kurier* heißt es im August 2018 nach Bekanntwerden des sehr kritischen Prüfberichts der Innenrevision bei der NORD/LB:

„Zu weiteren Einzelheiten dürfe er“

- Finanzminister Hilbers -

„sich nicht öffentlich äußern“.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah! Maulkorb!)

Zweitens. Der CDU-Abgeordnete Hilbers sagte in der Landtagsdebatte im April 2017:

„Wir sind in großer Sorge um die Entwicklung der Bank. Die NORD/LB steht vor der großen Herausforderung ...“

Der CDU-Finanzminister Hilbers ein Jahr später in der Debatte im Mai 2018:

„Es geht nicht darum, die NORD/LB aus der Krise zu holen. Sie ist nicht in einem Krisenmodus.“

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Drittens. Der CDU-Abgeordnete Hilbers in einer Pressemitteilung vom April 2017:

„Zusätzliche Steuermittel für die NORD/LB wären aus unserer Sicht der absolut falsche Weg.“

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ah!)

Der CDU-Abgeordnete Thiele in der Plenarsitzung im Mai 2018:

„dass die ... auch von Teilen dieses Hohen Hauses angeheizten Spekulationen über Rettungspläne, über Krisenszenarien ... und über mögliche Kapitaltransfers aus der Beteiligungsgesellschaft des Landes Niedersachsen ... in die NORD/LB hinein *grundfalsch* sind.“

„dass die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft, wenn sie Liquiditätsengpässe hat, auch auf Geld zurückgreifen kann, das an anderer Stelle im Landeshaushalt gerade nicht gebraucht wird ... Aber daraus zu schließen, dass dieses Geld möglicherweise abgezweigt werden könnte, um dann am Ende damit die NORD/LB zu retten, ... ist eine hanebüchene Konstruktion“.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Richtig! - Zustimmung bei der CDU)

Ministerpräsident Weil, zitiert nach der *Welt* vom Februar 2019:

„Das Land werde bis zu 1,5 Milliarden Euro an frischem Geld zur Verfügung stellen“.

Er sagte ebenfalls, der *Braunschweiger Zeitung* von diesem Tag zufolge:

„Zur Abwicklung der Kapitalspritze wird das Land laut Weil wohl eine neue Beteiligungsgesellschaft ins Leben rufen.“

Viertens. Der CDU-Abgeordnete Thiele sagte in einer Pressemitteilung vom 11. Oktober 2018:

„Die aus den Reihen der Grünen geäußerten Vorschläge, die Bank unter der Grenze einer systemrelevanten Bank zu schrumpfen, würden eine Vernichtung von Landeskapital und damit von Steuergeldern zur Folge haben. Dieser Vorschlag ist ebenfalls unvernünftig und nicht im Landesinteresse. Mit der CDU-Fraktion ist auch dies nicht zu machen.“

Ministerpräsident Weil sagte gegenüber der *Welt* im Februar, vor einigen Tagen:

„Weil stellte klar, dass auf das Institut einiges an Veränderungen zu kommt ... Vor allem aber: Die NORD/LB müsse regionaler und kleiner werden. Die Bilanzsumme soll wesentlich reduziert werden“.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah!)

„Ministerpräsident Weil bestätigte nach der Entscheidung, dass der aktuelle Zustand der Bank ‚unabweisbaren Handlungsbedarf‘ erzeugt habe.“

Kurz gesagt, Herr Minister Hilbers, Ihre Geschäftspolitik ist widersprüchlich und voller Risiken. Das ist zum Schaden des Landes, weil es Vertrauen kostet. Sie laufen auch Gefahr, zu scheitern. Vom Bankbesitzer zum Bankrotteur kann es oftmals nur ein ganz kleiner Schritt sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Bislang ist offen, wie hoch die Risikoabdeckung des Landes tatsächlich sein soll. Ich erinnere noch mal an den vorletzten Finanzminister. Dieser hatte im Jahr 2004 in erheblichem Umfang stille Einlagen und stille Gesellschafter in die Bank geholt. Unter anderem vier Gesellschaften, die unter den Namen Fürstenberg I, II, III und Fürstenberg International firmierten bzw. firmieren, gehalten von einem Trust auf der Insel Jersey. Wer hat hier den Ertrag eingefahren? Warum auf der Insel Jersey?

Ab 2004 wurde auch das Schiffsportfolio aufgebaut, das jetzt als weitgehender Totalausfall zu werten ist.

2011 nahm die damalige Landesregierung erneut eine milliarden schwere Kapitalerhöhung vor. Der damalige Finanzminister sah die Bank mit ihrer Tochter Bremer Landesbank als saniert an. 2016 musste die Bremer Landesbank dann aufgefangen

werden. Ursache waren wieder die Schiffskredite. Und jetzt reden wir wieder über die Muttergesellschaft.

Meine Damen und Herren, neben dem Blick auf die schweren Fehler bei der Vergabe der Schiffskredite und einem viel zu schwachen und in Teilen kontraproduktiven Krisenmanagement von Vorstand und Aufsichtsrat muss auch ein Blick auf die Aufsicht geworfen werden. Auch das Vorgehen der Aufsicht wirkt teilweise sehr widersprüchlich. Offiziell erfolgte keine nach dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz vorgesehene Frühintervention. Es soll allerdings einen möglicherweise krisenverschärfenden Hinweis gegeben haben, der bewirkte, dass der zur Kapitalstärkung geplante Verkauf der Deutschen Hypo Anfang letzten Jahres abge sagt wurde.

Bis Ende Dezember lief das Krisenmanagement der Landesregierung auf einen Einstieg von Hedgefonds zu einem absoluten Dumpingpreis hinaus. Die Landesregierung stand mit dem Rücken an der Wand. Die *Börsen-Zeitung* berichtete, dass die Helaba die Gespräche abgebrochen habe. Herr Minister Hilbers berichtete beim Börsenschluss tag, dass kein einziges verbindliches Angebot vorlag. Die Sparkassen schrieben ihre Anteile auf Null ab. Die Hedgefonds zogen die Daumenschrauben an.

Als die Landesregierung in den Abgrund guckte und eine Sanierung durch die Aufsicht im Raum stand, kippte die Zurückhaltung der Aufsicht. Den Sparkassen wurde offenbar signalisiert, dass das gesamte Stützungs system des öffentlichen Sektors infrage gestellt werde, wenn das private Angebot abgelehnt werde und sich der öffentliche Bankensektor nicht zur Stützung des geschwächten Partners bereiterkläre.

Irritierend, meine Damen und Herren, ist, dass die neue Rechtslage zur Sanierung von Banken dabei weitgehend ausgeblendet wird und nun eine Situation entsteht, die sich mehr oder weniger direkt auf öffentliche Mittel und Bürgschaften stützt, die über reine Aktionärspflichten hinausgehen, zugleich aber in beiden Varianten die Haftung der stillen Gesellschafter und des sonstigen Nachrangkapitals völlig außen vor bleibt. Steuergeld ersetzt haftendes Kapital von Personen, die hochverzinsten risikobehaftete Investitionen getätigt haben. Deshalb kann ein Beihilfefall mit Stand von heute nicht ausgeschlossen werden.

Dabei bleibt auch noch völlig intransparent, welche Risiken bei den Schiffen jetzt tatsächlich abgege ben werden, wie der Buchwert aussah, wer damals

investiert hat und welche Reeder möglicherweise geschont wurden. Das kann so nicht bleiben!

Mittlerweile ist im Prinzip unstrittig, dass eine Sa nierung durch die Bankenaufsicht SRB für das Land selbst am kostengünstigsten wäre. Die alten Träger und insbesondere die Landesregierung scheuen die Symbolik, aber sie halten auch den gesamtwirtschaftlichen Schaden für insgesamt zu groß, weil sie nicht die Verantwortung für das Ende des Stützungs systems des öffentlichen Sektors übernehmen wollen.

In der Konsequenz läuft die gesetzliche Grundlage ins Leere, und man fragt sich warum eine Bank 3,6 Milliarden Euro stille Einlagen, Genusskapital und sonstiges Nachrangkapital vorhält und dafür jährlich fast 200 Millionen Euro Zinsen zahlt, wenn diese Mittel im Krisenfall von jeder Mithaftung und Mitverantwortung verschont bleiben. Das muss sich ändern, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Die Aufsicht und die Landesregierung müssen gerade angesichts der anstehenden EU-Wahlen deutlich machen, dass sie in Haltung und Handeln absolut unparteiisch sind und allein Recht und Gesetz verpflichtet sind. Eine Aufsicht, die auch nur den Anschein erweckt, dass sie interessengeleitet handelt, würde in Krisen dringend benötigte Autorität einbüßen und gäbe indirekt zu allem Überfluss rechtspopulistischen Demagogen Futter.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Meine Damen und Herren, daher müssen Mittel und Wege gefunden werden, um ein Modell für die Aufsicht vorzuschlagen, das mindestens 1,2 Milliarden Euro der stillen Gesellschafter und des sonstigen Nachrangkapitals zur Haftung heranzieht.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ich dachte, Sie hätten Vorschläge!)

Das würde auch die Gefahr, dass die EU-Kommis sion hier einen Beihilfefall sieht, erheblich mindern.

(Ulf Thiele [CDU]: Völlig falsch!)

Meine Damen und Herren, wir reden über sehr viel Geld - viel mehr, als wir sonst in diesem Haus für einzelne Maßnahmen zur Verfügung stellen. Keinem anderen Unternehmen würde man eine sol che Entwicklung durchgehen lassen. Deshalb müssen wir die Ursachen vollständig aufklären. Und ich meine tatsächlich *vollständig!*

Wenn es an der Unfähigkeit beteiligter Personen läge, wäre das schlimm, weil dann die Aufsichtsmaßnahmen versagt hätten. Wenn es möglicherweise kriminelle Handlungen gab, wäre das noch schlimmer. Aber auch dann wäre zu klären, warum die Regeln und Aufsichtsgremien versagt haben.

Die Arbeit hat gerade erst angefangen. Wir erwarten vollständige und umfängliche Informationen.

Es braucht eine Konzentration der Landesbanken, eine kompetente und konfliktbereite Besetzung des Aufsichtsrats, eine Abschaffung der vielen Beiräte, eine unverzügliche Offenlegung der stillen Gesellschafter, ein komplett neues Geschäftsmodell. Und das gehört hier auf den Tisch zur Entscheidung, Herr Hilbers! Das können nicht nur die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erwarten, sondern insbesondere auch die Beschäftigten, die um ihren Job bangen. Denn eine Bank, die kein Geld verdient, sondern ständig frisches Steuergeld beansprucht, hat keine Zukunft. Das wissen alle.

Mit Blick auf den Finanzminister abschließend noch ein Zitat aus einem Interview des ehemaligen Oberbürgermeisters Hoffmann in der *Braunschweiger Zeitung* von heute. Auf eine Frage, ob die Verantwortlichen die Gefahr unterschätzt haben, lautet die Antwort:

„Unterschätzt? Uneingeschränkt ja. ... Welche Risiken da jetzt noch schlummern, wissen wir erst in einigen Jahren.“

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Frau Abgeordnete Heiligenstadt. Bitte, Frau Kollegin!

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv mit der NORD/LB befasst. Ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass sicherlich vielen der Beschäftigten bei der NORD/LB, vielen, die sich mit dem Prozess befasst haben, und auch vielen Abgeordneten der SPD-Fraktion quasi ein Stein vom Herzen gefallen ist, nachdem das Kabinett am Freitag eine gute Richtungsentscheidung getroffen hat.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Monate quälender Berichte in den Medien über die Situation in der NORD/LB mit zum Teil wilden Spekulationen über den Zustand der Bank - auf der Suche nach Lösungsalternativen - sind nun beendet. Dabei ist zuweilen auch ein falscher Eindruck über die NORD/LB entstanden. Lassen Sie mich daher, trotz zum Teil anderslautender Aussagen, deutlich feststellen: Die NORD/LB ist eine ordentliche Bank. Die NORD/LB ist in vielen Bereichen führend in Deutschland. So ist die Bank z. B. größter Agrarfinanzierer in Deutschland, mit die beste Bank beim Thema Finanzierung im Bereich regenerativer Energien. Sie ist aber auch eine der größten Banken in Deutschland im Bereich der Unternehmensfinanzierungen, insbesondere im Bereich des Mittelstandes und besonders hier in Norddeutschland.

Lassen Sie mich daher an dieser Stelle den Beschäftigten danken. Die Bank hat nämlich mehr als 6 000 Beschäftigte, die jeden Tag gute und qualitätsvolle Arbeit erbringen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Diesen Beschäftigten nicht nur für ihre Arbeit zu danken, sondern auch für die Geduld, die sie in den letzten Wochen und Monaten während des Bieterverfahrens aufgebracht haben, ist, denke ich, am heutigen Tag auch wichtig. Es war sicherlich eine schwierige Situation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn sie fast jeden Tag neue Schlagzeilen über ihr Institut lesen mussten.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass mit der Entscheidung des Kabinetts von Freitag und der Entscheidung des Aufsichtsrats am Samstag auch für die Beschäftigten nun die Richtung klar ist, auch wenn natürlich noch viele Details zu besprechen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt aber dennoch die Feststellung, dass die Altlast der Schiffskredite derzeit die Stabilität des Gesamtgebildes NORD/LB infrage stellt. Diese Altlasten drücken umso mehr, als dass erhöhte Eigenkapitalanforderungen der Bankenaufsicht infolge der Bankenkrise ebenfalls zugenommen haben. Und es ist bereits im letzten Jahr klar gewesen: Es besteht und bestand unabweisbar Handlungsbedarf.

Insofern, lieber Kollege Wenzel, widersprechen sich die unterschiedlichen Aussagen in den verschiedenen Diskussionen, in den Debatten in den letzten Monaten nämlich nicht. Man darf sie nur nicht einfach bruchstückhaft nebeneinanderstellen. Das ist unseriös.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU - Wiard Siebels [SPD]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, die Frage, wie sich die NORD/LB auf dieser Grundlage weiterentwickeln kann, und auch, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln sollte, war Gegenstand schwieriger Verhandlungen, die übrigens auch in einem schwierigen Umfeld für die Finanzwirtschaft ganz allgemein in den letzten Monaten stattgefunden haben. Ich möchte an dieser Stelle dem Finanzminister Hilbers und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Dank aussprechen. Sie haben in den letzten Monaten einen Großteil ihrer Zeit mit diesen schwierigen Verhandlungen zugebracht. Sie sind dabei sehr sorgsam, sehr umsichtig und auch mit der notwendigen Offenheit für alle Lösungswege umgegangen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich sage aber auch dem Ministerpräsidenten Stephan Weil Dank, dem es ein wichtiges Anliegen war, eine gute Lösung für das Land, für die Bank, für die Beschäftigten, aber auch für den Finanzstandort Niedersachsen zu finden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU
- Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das wäre ja sonst auch noch schöner!)

Meine Damen und Herren, alle kennen das Ergebnis des Bieterverfahrens. Es liegen bzw. lagen zum Ende des Verfahrens zwei Angebote auf dem Tisch. Einige diskutieren ja sogar drei Möglichkeiten für die NORD/LB und bezeichnen die Abwicklung der Bank auch als eine zusätzliche Lösungsmöglichkeit. Dazu komme ich später noch.

Das Kabinett hat sich für das Angebot des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes entschieden. Dieses Angebot, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist in der Tat in vielerlei Hinsicht vorzugswürdig. Zunächst möchte ich deutlich machen, dass das Sparkassenlager mit seinem Engagement ein hohes Verantwortungsbewusstsein bewiesen hat und dass wir uns auch ausdrücklich bei Präsident Schleweis für sein Engagement in den letzten Tagen und Wochen bedanken können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn wir uns diese Richtungsentscheidung anschauen, sehen wir, dass es nachhaltige und gravierende Veränderungen bei der NORD/LB geben wird. Das ist ziemlich sicher. Die NORD/LB soll wesentlich kleiner werden, und sie soll sich we-

sentlich mehr auf regionale Fragen und regionale Geschäfte konzentrieren. Sie soll nach den vorliegenden Planungen aber auch robuster werden, sowohl was das Kapital als auch was die Renditeerwartung angeht.

Meine Damen und Herren, der Weg, der jetzt eingeschlagen wurde, ist der richtige Weg. Ich will auch begründen, warum. Die Landesinteressen sind mit dieser Entscheidung in mehrfacher Hinsicht gewahrt.

Zum Ersten erhalten wir eine Landesbank als Instrument zur Finanzierung des Mittelstandes in Norddeutschland.

Zum Zweiten ist es - bei allen zwangsläufigen Abstrichen - für die Arbeitsplätze und für die Beschäftigten unter den gegebenen Bedingungen mit Sicherheit die deutlich beste Lösung und damit auch eine richtige Lösung für einen großen Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Zum Dritten ist es eine Lösung, die sich finanziell für das Land Niedersachsen darstellen lässt.

Und es ist viertens eine Lösung, die sich auch für das Land als vermögenserhaltend realisieren lassen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind mit dieser Richtungsentscheidung allerdings noch lange nicht am Ende des Gesamtprozesses. Viele weitere Gespräche wird es geben müssen. Viele weitere Gespräche und Entscheidungen wird auch dieses Haus zu treffen haben. Der zuständige Fachausschuss wird weiter zu beteiligen sein. Es werden Gespräche mit der Bankenaufsicht und der europäischen Wettbewerbskommission durch die Landesregierung geführt werden müssen. Mit der Richtungsentscheidung haben wir jetzt aber einen Weg, an dem die Landesregierung gemeinsam mit dem Partner, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, arbeiten und weitere Lösungsmöglichkeiten entwickeln kann.

Diese Richtungsentscheidung hat uns ein ganzes Stück näher gebracht zu der Aufgabe, ein solides Fundament für die NORD/LB zu finden und zu entwickeln und sie auch auf neue Beine zu stellen. Damit hat der öffentlich-rechtliche Bankensektor bewiesen, dass er in der Lage ist, kraftvoll zu agieren und entsprechende Entscheidungen zu treffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion hofft nun, dass der Finanzminister mit der Bankenaufsicht und der EU-Kommission

zügig Lösungen finden wird, die mit dem Beihilferecht vereinbar sind und die auch aus bankenaufsichtsrechtlichen Gründen tragfähig sind. Für uns ist jedenfalls politisch wichtig, eine Lösung gefunden zu haben, die erstens wirtschaftlich gut ist, die zweitens den fiskalischen Interessen des Landes Niedersachsen gerecht wird und die drittens eine gute Zukunft, also ein tragfähiges und auch ein nachhaltiges Modell darstellt.

Es ist wichtig, dass zukünftige Lösungen dafür Sorge tragen, dass wir nicht in Kürze oder in absehbarer Zeit wieder in eine ähnliche Situation kommen, bei der wir erneut über die Zukunft der Bank reden müssen.

Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss auch die Konsolidierung der Bank weiter vorangebracht werden. Es ist kein Geheimnis, dass die SPD-Fraktion schon von Anfang an immer der Lösung einer Konsolidierung im öffentlich-rechtlichen Bankensektor sehr nahe gestanden und sie auch favorisiert hat.

Mit dieser Lösung könnte vielleicht sogar ein wichtiger Beitrag zur Strukturierung und Neuorientierung bei der Ausrichtung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors geleistet werden - auch wenn das vielleicht noch Zukunftsmusik ist. Wenn wir bei der NORD/LB allerdings den Raum für Private Equities geöffnet hätten, würde zumindest der Weg der Restrukturierung eines öffentlichen Sektors für Niedersachsen für die Zukunft ausgeschlossen sein.

Meine Damen und Herren, das Investment muss sich allerdings auch lohnen. Es geht schließlich um die Sicherung von Landesvermögen. Die NORD/LB ist ein ganz wesentlicher Bestandteil des Landesvermögens, das zu schützen ist. Der Finanzminister hat ausgeführt, dass er plant, diese Lösung im Rahmen des Beteiligungsmanagements darzustellen. Das heißt, dass für die Kapitalisierung von 1,5 Milliarden Euro kein Steuergeld in die Hand genommen wird, sondern die Finanzierung im Rahmen des Beteiligungsmanagements über eine Beteiligungsgesellschaft geregelt werden soll. Diese Gesellschaft soll dann über Dividendenzahlungen - also über Einnahmen - sicherstellen, dass sich dieses Modell insgesamt trägt und nicht zu einer dauerhaften Belastung des Landeshaushalts führen wird. Die Finanzierungskosten sollen also durch Dividenden und weitere Einnahmen gedeckt werden.

Wir werden in den in diesem Haus demnächst anstehenden Beratungsprozessen zu den Geset-

zen und auch zu dem Staatsvertrag diesen Aspekt sicherlich auch unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten weiter diskutieren.

Gleichzeitig soll die Bank neu aufgestellt werden. Sie soll in wesentlichen Geschäftsbereichen verkleinert werden. Der Minister hat eben ausgeführt, dass sich auch die Bilanzsumme verkleinern soll und eine kräftigere Kernkapitalquote von ca. 14 % ausgewiesen werden soll. Und es wird notwendig sein, die Geschäftsfelder neu zu strukturieren. Das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird die Bank und die Beteiligten sicherlich noch viele Monate beschäftigen.

Zunächst einmal aber sind die weiteren Punkte gemeinsam mit dem DSGV in einem Eckpunktepapier, einer entsprechenden Vereinbarung und einem Businessplan zu erarbeiten. In diesem Plan werden die Geschäftsfelder neu abzustecken sein, und die Vereinbarung wird die Grundlage dafür sein, wie und in welchem Umfang zukünftig das Geschäft der Bank betrieben werden soll.

Für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist jedoch klar: Die Bank darf nicht noch einmal in eine solche oder ähnliche Situation kommen wie die, in der sie sich momentan befindet. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass der nun eingeschlagene Weg mit den neuen Partnern des Sparkassen- und Giroverbandes gut gemeistert werden kann. Das Modell muss natürlich noch bei der EU vorgestellt werden, und es muss deutlich gemacht werden, dass es gelingt, dieses Vorgehen beihilfekonform durchzuführen. Der Finanzminister kann allerdings sowohl bei der Aufsicht als auch in Brüssel an die Gespräche anknüpfen, die er in den letzten Monaten geführt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um die Stärkung der NORD/LB, aber es geht auch um die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors. Durch die nun vom Kabinett vorgesehene Beteiligung über den DSGV kann es gelingen, in einem ganz fairen Interessenausgleich sowohl die Interessen des Landes Niedersachsen als auch die Interessen der anderen Träger der NORD/LB gut auszugleichen und gleichzeitig noch zu einer Stärkung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors beizutragen.

Meine Damen und Herren, warum betone ich das so? Schauen wir uns einmal die Entwicklung in den letzten zehn bis zwölf Jahren im Bankenbereich an!

Wem hatten wir die Finanzkrise denn zu verdanken? Waren das die öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen oder gar die Genossenschaftsbanken in Deutschland? - Es waren doch Lehman Brothers und andere US-Banken, die die Welt der Finanzen zum Wanken gebracht haben. Und wer hat in diesen Zeiten für Stabilität und Seriosität, für Zuverlässigkeit und Sicherheit gesorgt? - Die Banken in Deutschland mit ihrem Sicherungssystem und anderen wichtigen Mechanismen haben dazu beigetragen, dass das Schlimmste auch für deutsche Bankkunden verhindert werden konnte. Auch deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir Vertrauen in Lösungswege, die gemeinsam mit den öffentlich-rechtlichen Sparkassen- und Giroverbänden gegangen werden können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir können jedenfalls feststellen, dass wir mit diesem System weitgehend gut durch die Kapitalmarktkrisen gekommen sind. Daher ist es nur folgerichtig, dieses System weiter zu stärken. Außerdem benötigen auch die Sparkassen Niedersachsens einen starken Partner, z. B. für ihr Konsortialgeschäft und für weitere Aktivitäten wie das Auslandsgeschäft. Auch aus diesem Grund ist es gut, wenn die NORD/LB in der Sparkassenfamilie bleibt.

Was fordert nun die Opposition? - Von Herrn Wenzel konnten wir es eben hören, von anderen Oppositionsfraktionen haben wir schon Presseverlautbarungen lesen können. Da sind die einen, die am liebsten alles privatisieren wollen

(Christian Grascha [FDP]: Wer ist das denn?)

und die es ohnehin am liebsten sähen, wenn die NORD/LB ganz ohne Landesbeteiligung dastünde. Die FDP denkt und handelt nun mal immer nach dem Motto: privat vor Staat. Überhaupt ist nach ihrer Ansicht ja privat immer alles besser.

Dieser Auffassung können wir uns nach dem durchgeführten Bieterverfahren nicht anschließen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber wie ich soeben ausgeführt habe: Die Finanz- und Bankenkrise hat uns doch im letzten Jahrzehnt sehr deutlich vor Augen geführt, dass es eben nicht privates Geld ist, was uns rettet. Deutschland ist aufgrund seines Drei-Säulen-Systems stabil geblieben.

(Christian Grascha [FDP]: Wie viele Landesbanken mussten eigentlich gerettet werden?)

Wir haben eine Gesamtstabilität, um die uns viele andere Länder beneiden. Es sind die Hedgefonds und die Private-Equity-Fonds, die vor allen Dingen ein Interesse an einer höchstmöglichen Rendite haben - häufig auf Kosten von Personalkapazitäten oder anderer sozialer Belange.

(Beifall bei der SPD)

Genau das kann ich für die Sozialdemokratie ausschließen. Wir sagen ganz deutlich: Wenn es mit dem Sparkassen- und Giroverband eine Lösung gibt, dann ist uns diese Lösung allemal lieber als eine Lösung, die private Investoren in das bisher öffentlich getragene System der NORD/LB hineinlässt. Wir verlieren eben nicht die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der NORD/LB, der Kommunen - insbesondere im Braunschweiger Raum -, sowie auch der Sparkassen in Niedersachsen aus den Augen. Es geht uns um eine starke Bankenlandschaft.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Aber das Lager der Opposition ist noch heterogener. Es gibt natürlich auch noch diejenigen, die fordern, dass es eine Lösung völlig ohne Risiko geben muss. Außerdem kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Opposition - in diesem Fall die Grünen - lieber mit der Suche nach Schuldigen als mit zukunftsfähigen Lösungen beschäftigt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU
- Anja Piel [GRÜNE]: Um Schuldige geht es doch gar nicht! - Johanne Modder [SPD]: Unverantwortlich!)

Und Sie - und das sogar öffentlich, meine Damen und Herren - philosophieren oder spekulieren sogar über eine Abwicklung der Bank oder haben zumindest Spekulationen über eine Abwicklung durch entsprechende Pressestatements Nahrung gegeben.

(Jörg Hillmer [CDU]: Unverantwortlich!)

Ich kann ja verstehen, dass Sie sich noch keine eigene Meinung bezüglich eines Lösungswegs gebildet haben, dass Sie noch nicht wissen, ob sie den Kurs, der jetzt eingeschlagen wird, mitgehen wollen oder nicht. Wir werden in den nächsten Wochen im Ausschuss sicherlich Zeit genug haben, den entsprechenden Staatsvertrag und notwendige Gesetzesänderungen zu diskutieren. Ich

frage mich allerdings allen Ernstes, ob diejenigen, die von einer Abwicklung der Bank als Alternative sprechen, auch nur ein einziges Mal mit den Betroffenen gesprochen haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU - Christian Grascha [FDP]: Das sagen die, die die Bank halbieren wollen!)

Haben Sie den Beschäftigten dabei ins Gesicht geschaut? Haben Sie diese Gedanken geäußert und den Beschäftigten der Bank dabei ins Gesicht geschaut?

Meine Damen und Herren, bei allem Verständnis für eine kontroverse Diskussion und die Aufgabe, die eine Opposition natürlich hat: Auch eine Opposition muss einmal Verantwortung für Entscheidungen von diesem Ausmaß im Land übernehmen. Da geht es eben nicht darum, wer am besten Kritik äußern kann, sondern da geht es darum, wer die besten Lösungen für unser Land findet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU - Dr. Marco Genthe [FDP]: Wo sind denn die Lösungen? Wir warten! - Christian Grascha [FDP]: Welche Lösungen haben Sie denn? - Christian Meyer [GRÜNE]: Sie machen doch Personalabbau!)

Es geht hier um sehr viel. Es geht um Lösungen für Beschäftigte, für das Vermögen des Landes, für die Sparkassenlandschaft, für den niedersächsischen Mittelstand. Es geht um Zukunftsbranchen und Infrastruktur in der Finanzwelt. Es geht um die Geschäftsfelder erneuerbare Energien und Agrarwirtschaft.

(Christian Grascha [FDP]: Sie haben doch nur Lösungen, die der Steuerzahler bezahlen muss!)

Ganze Branchen Niedersachsens sind eng mit diesem Institut verbunden. Da ist es einfach fahrlässig, meine sehr verehrten Damen und Herren, überhaupt über so etwas wie eine Abwicklung nachzudenken. Ich halte davon jedenfalls nichts.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Sie wollen Hunderte Arbeitsplätze abbauen!)

Eine gute Opposition würde über ihren Schatten springen und Verantwortung mittragen,

(Lachen bei den GRÜNEN)

auch wenn sie nicht in allen Punkten mit der Landesregierung übereinstimmt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN und von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird natürlich in den nächsten Monaten ein hartes Ringen um jeden Arbeitsplatz - - -

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Abgeordnete Heiligenstadt! - Es ist schön, dass es im Plenarsaal munter zugeht. Alle Fraktionen haben noch Redezeit, so dass sie nachher die Möglichkeit haben, vom Rednerpult aus ihre Gedanken mitzuteilen. Aber jetzt hat Frau Heiligenstadt das Wort,

(Anja Piel [GRÜNE]: Um in ihrer Lehrstunde fortzufahren!)

und ich bitte um Ruhe im Plenarsaal.

Bitte!

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Meine Damen und Herren, es wird natürlich ein hartes Ringen um jedes Geschäftsfeld, um jeden Standort der NORD/LB geben. Es wird keine leichte Situation für die Beschäftigten. Denn auch die Lösung mit dem Sparkassen- und Giroverband erfordert gravierende Umstrukturierungen und auch Beschäftigungsabbau.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Aha! Wie viele Arbeitsplätze bauen Sie denn ab?)

Aber wir lassen bei der Lösung mit dem Sparkassen- und Giroverband die Erträge im Bereich des öffentlich-rechtlichen Sektors, und das ist entscheidend.

(Christian Grascha [FDP]: Welche Erträge?)

Ungeachtet all dieser Tatsachen geht es auch um die Leistungsfähigkeit der Sparkassenlandschaft in unserem Land. Wenn wir unsere Beteiligung mit einer entsprechenden Rendite sichern können, dann kann man von einem wirtschaftlichen Angebot, meine sehr verehrten Damen und Herren, sprechen, ohne dass es zu größeren Verwerfungen kommen muss.

Ich fasse zusammen: Ich bin wie viele Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion froh, dass die Landesregierung mit dem DSGV und dem Aufsichtsrat der NORD/LB eine gute Richtungsent-

scheidung getroffen hat. In diesem Sinne wollen wir diese Entscheidung weiterhin begleiten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es folgt die FDP-Fraktion. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Birkner.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir begrüßen, dass die Landesregierung der von uns gemeinsam mit den Grünen gemachten Anregung, diese Sondersitzung zur Zukunft der Norddeutschen Landesbank durchzuführen, gefolgt ist. Die Dimension der anstehenden Entscheidungen und ihre Auswirkungen auf den Landeshaushalt machen es unerlässlich, dass sich der Haushaltsgesetzgeber damit befasst.

Meine Damen und Herren, das Thema ist keineswegs neu. Nach der Finanzkrise musste der Steuerzahler bereits vier Landesbanken stützen. Damals hieß es: Die Zeit der Bankenrettung ist vorbei.

Bereits 2011 musste die NORD/LB mit 600 Millionen Euro Steuergeld versorgt werden, um den Bankenstresstest zu bestehen. Und spätestens seit 2017 mehrten sich die Gerüchte, dass ein erneuter Kapitalbedarf notwendig sei. Die aktuelle Situation der NORD/LB ist also ein Crash mit Ansage.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie versuchen, sich als Retter und Krisenmanager zu präsentieren: Sie sind für die aktuelle Situation mitverantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben die Augen vor den Problemen der NORD/LB zu lange verschlossen.

Frau Heiligenstadt, wenn Sie meinen, sich anmaßen zu können, zu beurteilen, was gute Oppositionsarbeit ist, dann erlaube ich mir den Hinweis, dass eine gute Regierung die heutige Situation vermieden hätte. Dazu, dass wir in dieser Situation sind, hat Ihre Regierungszeit einen wesentlichen Beitrag geleistet.

(Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der AfD)

Ich will Ihnen das durchaus näher darlegen. Ich weiß ja, dass Sie das ungerne hören.

(Zuruf von der SPD - Christian Grascha [FDP]: Was hat Herr Schneider getan?)

Der damalige Finanzminister Schneider versicherte noch im Oktober 2017, dass die Bank „aktuell und auf absehbare Zeit keinen Kapitalbedarf“ habe. Wir wissen heute, dass das falsch war.

Sie haben die negative Entwicklung der Bank mit falschen Entscheidungen sogar noch befeuert, insbesondere mit der Übernahme der Bremer Landesbank durch Rot-Grün. Sie haben sich bei dem damaligen Deal von Ihren Bremer Genossen über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Mit einem symbolischen Euro für die BLB wäre der Bremer Senat gut bedient gewesen. Mit 180 Millionen Euro, die aus Niedersachsen für die BLB gezahlt wurden, und der Übertragung von BLB-Beteiligungen im Wert von 82 Millionen Euro an Bremen, mit insgesamt also 262 Millionen Euro, war der Kaufpreis viel zu hoch.

(Beifall bei der FDP)

Darauf, meine Damen und Herren, haben wir bereits im Jahr 2016 hingewiesen. Die Landesregierung hat das damals durch Minister Schneider pauschal zurückgewiesen.

Wir nehmen mit Interesse zur Kenntnis, Herr Minister Hilbers, dass Sie - nicht in Ihrer Rede, wie wir es anhand Ihres Manuskriptes vielleicht hätten vermuten können, aber durchaus in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* - heute erklärt haben, dass die Landesregierung den Fehler, den sie damals gemacht hat, heute einräumt und es nun genau so sieht wie wir, dass nämlich die Bremer Landesbank viel zu teuer eingekauft wurde.

(Beifall bei der FDP)

Noch im Juni 2016 hatte Minister Schneider im *Handelsblatt* zur Übernahme der BLB durch die NORD/LB erklärt, dass diese „in verträglicher Art und Weise“ gestemmt werden könne und dass die Auswirkungen auf die Kapitalquote der NORD/LB verträglich seien.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat damit krasse Fehleinschätzungen vorgenom-

men, die der Steuerzahler nun ausbaden soll. Woher, Herr Ministerpräsident und Herr Minister Hilbers, nehmen Sie eigentlich die Zuversicht, dass Ihre Einschätzungen dieses Mal zutreffend sein sollen? Und warum, bitte schön, sollte man Ihnen eigentlich vertrauen?

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen also vor den Scherben der vergangenen Jahre. Sämtliche Restrukturierungsprogramme und Versuche, die Kapitalerhöhungen abzuwenden, blieben im Ergebnis erfolglos.

Heute wie damals waren es faule Schiffskredite. Die NORD/LB saß Ende September 2018 auf ausstehenden Schiffskrediten mit einem Volumen von 10,8 Milliarden Euro, wovon 7,3 Milliarden Euro als notleidende Kredite ausgewiesen waren.

Spätestens seit 2018 wissen wir, dass sich alle Gerüchte um die Bank bewahrheitet haben. Sie hat einen Kapitalbedarf von mehreren Milliarden Euro. Ihre Lösung für dieses Problem ist nun eine Kapitalerhöhung durch das Land. Sie wollen dazu eine Beteiligungsgesellschaft gründen, mit dieser bis zu 1,5 Milliarden Euro Schulden aufnehmen und zudem eine Garantie in Höhe von 1 Milliarde Euro übernehmen.

Insbesondere Sie, Herr Minister Hilbers, werden nicht müde, darauf hinzuweisen, dass es sich dabei nicht um Steuergeld handele. Das aber ist irreführend.

(Beifall bei der AfD)

Denn letztlich haften selbstverständlich das Land und damit die Steuerzahler in Höhe von bis zu 2,5 Milliarden Euro. Warum, bitte schön, Herr Minister Hilbers, wollen Sie dies eigentlich verschleiern?

Übrigens scheint das ein Muster bei Ihnen zu sein. Bei der Marienburg behaupten Sie auch immer, der Landeshaushalt habe damit nichts zu tun. Keinem vernünftigen Beobachter erklärt sich in irgendeiner Weise, warum das Land dann überhaupt etwas damit zu tun hat.

(Beifall bei FDP, bei den GRÜNEN und bei der AfD)

Schenken Sie den Bürgerinnen und Bürgern doch lieber reinen Wein ein, statt die Situation schönzureden und zu vernebeln!

Sie nehmen also neue Schulden in Höhe von 1,5 Milliarden Euro auf und übernehmen eine Garantie in Höhe von 1 Milliarde Euro, für die das

Land haftet. Alle Ihre Bemühungen, Herr Minister Hilbers, in die Geschichtsbücher des Landes als der Minister einzugehen, der es geschafft hat, in nennenswertem Umfang Schulden zu tilgen, sind spätestens jetzt vergebens.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Jens Ahrends [AfD])

Sie müssen vor dem Hintergrund dieser Entwicklung eher bangen, als Minister in die Geschichtsbücher einzugehen, der Milliarden an Steuergeld in einer gescheiterten Bankenrettung versenkt hat, wie es Ihre Kollegen in Hamburg und Schleswig-Holstein vorgemacht haben.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Szenario, meine Damen und Herren, ist leider nicht unrealistisch. Denn das von Ihnen vorgestellte Konzept ist weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Das, was Sie hier als Lösung für die NORD/LB präsentieren, ist aus Sicht der Freien Demokraten nichts weiter als ein teuer erkaufter Abschied auf Raten. Allen Beteuerungen zum Trotz können Sie kein nachhaltiges Konzept für die Zukunft der NORD/LB vorlegen. Sie sind dabei, sich Zeit zu kaufen. Aber wie es wirklich weitergeht, bleibt vage und damit ungewiss.

Sie sprechen von einer kleineren, regional ausgeprägten NORD/LB. Laut Ihren Aussagen soll diese dann schlagkräftiger und nachhaltig rentabel sein. Sie verraten uns aber nicht, was das genau bedeuten soll. Offensichtlich wissen auch Sie selbst das noch nicht - und das, obwohl der Handlungsbedarf Ihnen seit Jahren bewusst sein musste und Strategien und Geschäftsmodelle längst hätten erarbeitet werden können und müssen.

Dass Sie sich selbst nicht ganz so sicher sind, dass Ihr Plan wirklich aufgeht, haben Sie übrigens in Ihrer Regierungserklärung dokumentiert. Während Sie an einer Stelle davon sprechen, dass Sie ein Geschäftsmodell entwickeln wollen, das „eine sichere Gewähr“ für eine „Zukunft ohne erneute Kapitalisierungsmaßnahmen“ bietet, sprechen Sie an einer anderen Stelle lediglich davon, dass ein erneuter Kapitalbedarf „unwahrscheinlich“ sei. Ja, was denn nun? Kann der Ausschluss eines weiteren Kapitalisierungsbedarfs sicher gewährleistet werden, oder halten Sie ihn lediglich für unwahrscheinlich?

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Bei den Summen, die aufgerufen werden, sollte insoweit schon Klarheit herrschen und dürfen sich Fehleinschätzungen, wie sie bei der BLB unterlaufen sind, nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren, die uns vorliegenden Informationen und Andeutungen, die Sie in den Raum stellen und die man immer wieder hört, lassen uns befürchten, dass es sich bei den von Ihnen geäußerten Erwartungen um unsubstantiierte Hoffnungen handelt.

Die Ausgliederung der Braunschweiger Landes Sparkasse und das Herauslösen weiterer Geschäftsbereiche, z. B. der erfolgreichen Deutschen Hypothekbank, hätten am Ende die gleiche Wirkung wie eine Abwicklung oder Restrukturierung in der Institutssicherung - nur teurer, denn der Steuerzahler wird dafür zur Kasse gebeten.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Dr. Birkner, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Der Abgeordnete Henning bittet darum, eine Zwischenfrage stellen zu dürfen.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Nein.

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Dann fahren Sie bitte fort.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Auch die angesprochene und erwartete Neuordnung des öffentlichen Bankensektors dürfte deutliche Auswirkungen auf den Umfang, wenn nicht gar den Bestand der NORD/LB haben. Es ist doch zu befürchten, dass der Finanzstandort Hannover aus alledem nicht als Gewinner hervorgeht. Hinzu kommt, dass der verbleibende Teil der NORD/LB zukünftig in Konkurrenz zum Geschäftsmodell der großen Sparkassen in Niedersachsen stünde. Es wird sich in Zukunft die Frage stellen, wo der Mehrwert für sich ähnelnde Angebote durch öffentlich-rechtliche Banken für die niedersächsische Wirtschaft denn tatsächlich liegt.

Meine Damen und Herren, so wie Sie kein schlüssiges Konzept für die Zukunft der NORD/LB aufweisen können, hatten Sie leider auch in den Verhandlungen der letzten Monate keine erkennbare Strategie.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie heute davon gesprochen haben, gegenüber allen möglichen Investorenmodellen offen gewesen zu sein. Herr

Minister Hilbers, das begrüßen wir ausdrücklich. Nur leider haben Sie das Bieterverfahren zunächst auf eine Minderheitsbeteiligung durch den Investor beschränkt. Sie haben dann gesagt, das ist im weiteren Verlauf geöffnet worden, Sie seien für alle Optionen offen gewesen. Öffentlich haben Sie selbst im Laufe der Zeit verschiedene Varianten ins Spiel gebracht. Herr Kollege Wenzel hat ja schon auf Ihre zahlreichen Äußerungen hingewiesen, die Sie in den Raum gestellt haben.

Im April letzten Jahres haben Sie gegenüber der *Braunschweiger Zeitung* erklärt, dass ein kompletter Verkauf der Bank für Sie nicht infrage käme. Im August haben Sie gegenüber dem *Weser-Kurier* davon gesprochen, dass Sie sich weiterhin mit 50 % an der NORD/LB beteiligen wollen. Und im November heißt es in der *Welt*, dass Sie nicht ausschließen, dass ein möglicher privater Investor die Mehrheit an der NORD/LB erwerbe, nachdem Sie noch im Oktober gegenüber der *FAZ* erklärt hatten, dass Niedersachsen prinzipiell bereit sei, eine öffentlich-rechtliche Lösung zu unterstützen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wackelkönig!)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich befürchte, dass dieser Schlingerkurs nicht Ausdruck einer genialen Verhandlungsstrategie war, sondern Ausdruck von Ratlosigkeit und innerer Desorientierung.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, letztlich haben Sie viel zu lange gewartet und sind so aus der gestaltenden Rolle mehr und mehr in die Rolle eines Getriebenen gekommen. Und das ist nie eine gute Verhandlungsposition.

Ein anderes Ergebnis, ein besseres Ergebnis mit deutlich weniger Risiken für den Steuerzahler wäre wohl bei einer konsistenten Strategie und Verhandlungsführung möglich gewesen. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf den Anteil der Landesbankenfamilie. Denn aufgrund der vorhandenen Sicherungsstruktur wäre es naheliegend gewesen, dass die Landesbankenfamilie mehr zur Konsolidierung der NORD/LB und der Steuerzahler entsprechend weniger beitragen müsste.

Meine Damen und Herren, eine langfristige und belastbare Strategie für die Etablierung eines wettbewerbsfähigen nachhaltigen Geschäftsmodells der Bank vermögen wir bei dem, was Sie uns hier heute vorgestellt haben, nicht zu erkennen.

Der originäre Charakter einer Landesbank, nämlich die Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den Sparkassen, die Vernetzung zu nationalen und internationalen Kapitalmärkten sowie die regionale Wirtschaftsförderung, gingen der NORD/LB mit dem Einstieg in die Finanzierung von Schiffen und Flugzeugen, im Energie-, Infrastruktur- und Immobiliensektor und mit einer zunehmenden Risikoanreicherung und Abhängigkeit vom internationalen Kapitalmarkt verloren.

Die zentralen Fragen, um die es sich drehen sollte und die Sie beantworten müssen, aber eben nicht beantworten, lauten: Zu welchem Zweck braucht das Land Niedersachsen eine eigene Bank? Welches ist ihr öffentlicher Auftrag, der es rechtfertigt, den Steuerzahlern Milliardenrisiken aufzubürden?

An dieser entscheidenden Stelle sind die Verlautbarungen der Landesregierung denkbar dünn. Da ist davon die Rede, dass die politischen, wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Interessen des Landes berücksichtigt und kombiniert würden. Aber was diese Interessen genau sind und was das eigentlich bedeutet, verraten Sie nicht.

Oder Sie sprechen davon, dass man Fragen rund um die NORD/LB nicht nur aus rein wirtschaftlicher Perspektive betrachten dürfe, sondern einen gesamtökonomischen Blick darauf werfen müsse. Diese Aussage ist in ihrer Pauschalität genauso richtig, wie sie aber eben auch selbstverständlich ist. Aber auch hier kommen Sie letztlich nicht über Schlagworte hinaus. Die Antwort auf die entscheidende Frage, welchen Mehrwert der Steuerzahler für neue Schulden und Risiken in Milliardenhöhe bekommt, bleiben Sie schuldig - wie auch die Antwort auf die Frage, warum es eigentlich diesmal mit der Rettung klappen soll.

Herr Minister Hilbers, Herr Ministerpräsident Weil, Sie sagen nichts Konkretes darüber, welchen Vorteil der niedersächsische Steuerzahler durch seine Rettung der NORD/LB hat. Sie sagen nichts Konkretes darüber, was die Landesbank künftig von anderen Banken unterscheiden soll. Und Sie können oder wollen heute dem Steuerzahler in Niedersachsen noch nicht einmal garantieren, dass es die letzte Bankenrettung mit seinem Geld ist.

Ja, wir erkennen an, dass Sie das Parlament einbeziehen. Aber wir hätten erwartet, dass Sie dem Parlament, den Steuerzahlern und insbesondere auch den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern heute mehr als nur vage Ausblicke darauf, wie es weitergehen könnte, gegeben hätten.

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, lässt befürchten, dass dies nicht das Ende ist, sondern dass noch weitere Kapitel folgen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Präsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner. - Es folgt nun die CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Thiele hat das Wort.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ulf Thiele (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Mit dem Kabinettsbeschluss vom vergangenen Freitag hat die Landesregierung eine zentrale Weichenstellung für eine unserer wichtigsten Landesbeteiligungen, für die NORD/LB, vorgenommen.

(Vizepräsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Ich will zunächst der Landesregierung und Reinhold Hilbers als Finanzminister ausdrücklich dafür danken, dass sie zeitnah das Parlament über den Zwischenstand, über diese Weichenstellung unterrichtet haben. In diesen Dank will ich ausdrücklich die sehr regelmäßigen, sehr umfassenden und detaillierten Unterrichtungen einbeziehen, die der Finanzminister auch in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender und der Vorstandsvorsitzende der NORD/LB, Thomas Bürkle, in den letzten Monaten im Haushaltsausschuss vorgenommen haben,

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der SPD)

um viele der Fragen, die Sie gerade gestellt haben, Herr Birkner, dort im Detail zu erklären. Wären Sie bei dem Interesse, das Sie jetzt hier dokumentieren, vielleicht an der einen oder anderen Stelle anwesend gewesen, dann hätte möglicherweise die eine oder andere Sitzung bei Ihnen schon für eine Aufhellung der Lage gesorgt.

(Christian Grascha [FDP]: Da wurde zu diesen Fragen noch gar nichts gesagt, Herr Kollege!)

Wir setzen das ja gleich fort. Ich hoffe, Sie sind dann im Haushaltsausschuss anwesend.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! - Anja Piel [GRÜNE]: Herr Thiele, ich glaube, Sie verheben sich gerade ein bisschen!)

Meine Damen und Herren, die Notwendigkeit, den Landtag in diesen Prozess der Neuausrichtung der NORD/LB eng einzubinden, ist offensichtlich; denn auch dieser Niedersächsische Landtag wird in der weiteren Debatte Verantwortung übernehmen müssen.

Das Kabinett der Großen Koalition hat jetzt für die NORD/LB eine wichtige Weichenstellung in Richtung der Neustrukturierung und Zukunftsfähigkeit der Bank vorgenommen. Vorausgegangen war am Donnerstag eine Entscheidung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und auch des niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes - das darf man nicht vergessen -, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt Verantwortung für diese Bank zu übernehmen.

Ich sage ganz offen: Mit dieser Entscheidung der Sparkassenlandschaft ging für viele von uns auch ein Stück weit Erleichterung einher. Denn diese Entscheidung eröffnet uns unter sehr schwierigen Bedingungen - ich denke, das ist allen Beteiligten klar - die aus unserer Sicht beste Lösung unter allen verbleibenden Alternativen für die NORD/LB.

Uns ist bewusst, dass die Entscheidung, die das Sparkassenlager getroffen hat, den dort Beteiligten nicht leichtgefallen ist. Sie war unter den Alternativen, die aus der Sicht der Sparkassen zur Verfügung standen, nämlich die Abwicklung der Bank - die beiden Szenarien hat Finanzminister Hilbers hier erläutert -, der Einstieg privater Investoren - dann aber wiederum auch mit einem starken Engagement der Sparkassen - oder eben jetzt diese Variante, das eigene Engagement, die beste Lösung aus der Perspektive des Sparkassensektors. Ich sage ausdrücklich: Das ist auch die beste Lösung aus der Perspektive des Anteilseigners Niedersachsen unter allen schwierigen Alternativen, die auf dem Tisch lagen.

Wir sehen, dass es viele berechnete Fragen gibt, und wir sehen auch, dass es viele berechnete Sorgen gibt. Die nehmen wir auch ernst. Die werden im weiteren Prozess Schritt für Schritt beantwortet werden müssen. Selbstverständlich ist das so.

(Christian Grascha [FDP]: Ich denke, die sind schon alle beantwortet worden!)

Einen Teil der Fragen - Herr Grascha, da haben Sie durchaus recht - hat der Finanzminister im Haushaltsausschuss schon sehr intensiv mit uns erörtert und beantwortet. Mit Verlaub. Das ist nicht nur die Frage von Verantwortung und Schuld. Die ist jetzt hier ausreichend von Herrn Wenzel und auch von Herrn Birkner dokumentiert worden. Das ist sicherlich auch die Frage - - Herr Wenzel, das ist insbesondere in Ihre Richtung geäußert. Sie haben hier ja gerade wieder Ihre alte Rolle eingenommen, die, mit Verlaub, eher an einen Staatsanwalt als an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses erinnert.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herr Wenzel, wenn Sie diese Rolle auch damals in der Diskussion um die Übernahme der Bremer Landesbank im Kabinett eingenommen hätten, dann hätten wir möglicherweise an der einen oder anderen Stelle jetzt ein wenig mehr Komfortzone in der Debatte, als wir sie jetzt haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Man kann Verantwortung nicht nur auf dem einen Stuhl tragen. Man muss sie auch auf dem anderen Stuhl tragen. Das hätte zumindest ich von Ihnen erwartet.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Und der Fraktionsvorsitzende klatscht bei so was! - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Der Kollege Thiele, einen Moment!

(Zuruf von Christian Meyer [GRÜNE])

- Hallo, Herr Meyer!

(Anja Piel [GRÜNE]: Jetzt wird es absurd!)

Meine Damen und Herren, das Thema ist wichtig genug. Und der Redner hat es verdient, dass Sie ihm zu hören.

Weiter geht's!

Ulf Thiele (CDU):

Herr Wenzel hatte die Replik nach seiner Rede auch verdient.

Ich gebe offen zu: Ja, man kann die Frage stellen, Herr Birkner, ob der Staat erneut für die Auffanglösung bzw. Neustrukturierung einer Landesbank - in

welcher Form auch immer - erhalten muss. Ja, man kann darüber diskutieren, wie hoch das Risiko ist, dass am Ende dafür Steuergeld eingesetzt werden muss. Wir werden das im weiteren Prozess auch klären. Aber die Behauptung, die Sie hier aufgestellt haben, dass Sie von vornherein sagen, das ist so, ist erkennbar falsch.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist das Risiko! Natürlich!)

- Nein! Es wird jetzt kein Steuergeld für diese Bank eingesetzt.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Sie versuchen zu täuschen!)

Das wissen Sie, und das erkennen Sie!

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist unredlich, was Sie machen! Wer haftet denn dafür? Das sind doch nicht Sie persönlich!)

Selbst nach dem Maßstab des Stabilitätsrates, selbst nach dem Maßstab der Schuldenbremse, dass hier keine Schulden zulasten des Landeshaushaltes, keine Schulden zulasten des Steuerzahlers aufgenommen werden!

Richtig ist, dass die Schulden, die hier jetzt für diese Auffanglösung von einer Gesellschaft gemacht werden, von uns verbürgt werden.

(Christian Grascha [FDP]: Und wer haftet dafür? Das Land! - Christian Meyer [GRÜNE]: Mit dem Gewinn von VW!)

Das bedeutet zugleich, dass wir, ebenso wie die EU-Kommission es tut, sehr deutlich einfordern, dass das Modell, das jetzt entwickelt wird, am Ende dem gerecht wird, was der Finanzminister selbst hier eingefordert hat, dass es sich nämlich trägt.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist doch nicht mehr als das Pfeifen im Walde! - Christian Meyer [GRÜNE]: Luftbuchungen!)

Meine Damen, meine Herren, es gibt auch einige berechnete Sorgen. Frauke Heiligenstadt hat das Thema Arbeitsplätze angesprochen. Ja, natürlich, es gibt nach wie vor hohe Nervosität an allen Standorten der NORD/LB über die Frage, wie es in den einzelnen Sektoren weitergeht. Es gibt berechnete Fragen im Braunschweiger Land bezüglich der Fortführung des Systems der Braunschweigischen Landessparkasse. Es gibt berech-

tigte Fragen an den weiteren regionalen Standorten der NORD/LB, beispielsweise in Oldenburg. Selbstverständlich ist das so!

Es gibt auch die berechnete Frage, wie hoch das Risiko für das Engagement bezüglich des Steuergeldes ist; ich habe es angeführt.

Ich will es ausdrücklich sagen: Es gibt auch berechnete Sorgen an den Reedereistandorten bezüglich der Abwicklung der Schifffahrtportfolios; denn auch daran hängen immer noch in erheblichem Umfang Arbeitsplätze, die mit dem Verkauf der Schiffsportfolios nicht mehr vollständig gesichert sind. Ganze Unternehmensexistenzen! Auch das muss man für eine verantwortungsvolle Lösung im Blick behalten.

So berechnete diese Sorgen und diese Fragen auch sind, muss ich doch feststellen, dass in der gegenwärtigen Lage die jetzt gemeinsam mit der Sparkassenlandschaft verfolgte Lösung die verträglichste aller Alternativen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie ist die verträglichste Alternative für den Landeshaushalt und die Steuerzahler. Sie ist die verträglichste Alternative für die Sparkassenlandschaft. Sie ist die verträglichste Alternative für das Vermögen des Landes. Sie ist die verträglichste Alternative für die Kunden der NORD/LB aus Mittelstand und Industrie. Und sie ist auch die verträglichste Alternative für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Bank.

Die Abwicklung der NORD/LB hätte den Landeshaushalt sofort erheblich belastet. Sie hätte in der Sparkassenlandschaft ein mittleres Erdbeben verursacht.

Ich gebe Frauke Heiligenstadt in dem, was sie in ihrer Replik gesagt hat, ausdrücklich recht: Ein Spiel mit dem Feuer über die Existenz des Dreisäulen-Modells unserer Finanzwirtschaft in Deutschland können und dürfen wir uns nicht leisten!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Die Frage der Stabilität unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft in Deutschland hängt elementar mit der Frage der Stabilität insbesondere des öffentlich-rechtlichen und des genossenschaftlichen Bankensektors zusammen, die einmalig in Europa und auf der Welt sind und die wir uns erhalten müssen und die wir durch die Fragen, die wir hier jetzt zu beantworten haben, nicht infrage

stellen dürfen. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Hause wenigstens in diesem Punkt einig sind.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Übrigens nur am Rande: Die Abwicklung der NORD/LB hätte die Braunschweigische Landesbank zerstört. Sie hätte die Arbeitsplätze an allen Standorten der NORD/LB vernichtet. Und sie hätte zahlreiche Kunden der Bank massiv in Mitleidenschaft gezogen, insbesondere die mittelständisch geprägte Wirtschaft in unserem Land. Sie hätte Vermögen des Landes vernichtet. Das war und das ist für die CDU keine Alternative, meine Damen, meine Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Für den vollständigen Verkauf - das ist eine der beiden Varianten, die für mich nach Interpretation der Rede von Herrn Birkner noch übrig bleiben - gab es überhaupt kein Angebot. Auf dem Markt gab es dafür keinen Weg, den man hätte gehen können. Insofern können Sie ihn hier gerne theoretisch diskutieren, Herr Birkner, aber wenn man in der Praxis eine Lösung für die Situation finden muss, bietet sich dieser Weg schlicht nicht an.

Natürlich ist dieser Weg verfolgt worden. Das wissen Sie auch. Auch eine Mehrheitsbeteiligung ist diskutiert worden.

(Christian Grascha [FDP]: Ich sehe aber keine Strategie von Ihnen!

Selbst eine Minderheitsbeteiligung, die immer noch eine ernsthafte Alternative wäre, wenn der weitere Weg mit den Öffentlich-Rechtlichen aus welchen Gründen auch immer am Ende nicht mehr zu gehen wäre, bedeutete ein erhebliches Engagement über das jetzt im Raum Stehende hinaus für den Landeshaushalt, für das Land Niedersachsen und im Übrigen auch für die Sparkassen, die dann wenig Einfluss hätten, aber viel an Geldleistung zu erbringen hätten.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die CDU-Fraktion die vorgenommene Weichenstellung der Landesregierung gemeinsam mit dem Vorstand, dem Aufsichtsrat der NORD/LB, dem DSGV und dem SVN ausdrücklich.

Wir stehen zu unserer Verantwortung, zur Verantwortung des Landes Niedersachsen für die Norddeutsche Landesbank, meine Damen, meine Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir werden den jetzigen Prozess der weiteren Verhandlungen mit der Sparkassenlandschaft, mit der EU-Kommission und mit der Bankenaufsicht konstruktiv begleiten. Herr Finanzminister, das kann ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion zusichern.

Ich will an der Stelle ausdrücklich betonen, dass die Krise bei der NORD/LB nicht mit früheren Krisen anderer Landesbanken vergleichbar ist, weil mir in der heutigen Diskussion weniger, aber an anderer Stelle häufiger aufgefallen ist, dass dies immer wieder in den Raum gestellt wird.

(Christian Grascha [FDP]: Jetzt geben Sie zu, dass das eine Krise ist!)

Wir haben eine andere Situation. Die Situation bei der NORD/LB ist nicht durch undurchsichtige Investmentgeschäfte, durch ausländischer Tochtergesellschaften o. Ä. entstanden, sie ist nicht durch eine Steueroasenproblematik o. Ä. entstanden, sondern sie hat zwei Hintergründe. Der eine sind die Eigenkapitalanforderungen der Bankenaufsicht, die von der Bank unterschritten werden, die immer weiter angehoben werden und die mit dem jetzigen Geschäftsmodell nicht darstellbar sind, und der zweite ist das Klumpenrisiko bei der Schiffsfinanzierung. Und das hat ja eine Vorgeschichte, die übrigens ein Stück weit auch die FDP mitgegangen ist.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Hartmut Möllring war schuld, oder was?)

Sie hat direkt damit zu tun, dass die NORD/LB über einen langen Zeitraum hinweg in einer Erfolgsgeschichte den zweitgrößten Reedereistandort Deutschlands, der Niedersachsen insbesondere im Nordwesten ist, mitfinanziert hat. Sie hat dort viele Projekte finanziert. Ich kann mich an Zeiten erinnern, in denen man gar nicht genug darüber jubeln konnte, wie erfolgreich dieses Geschäft ist und welche Wachstumspotenziale es hat, und niemand nach den Risiken gefragt hat. Da kann man im Zweifel alle Beteiligte mit einschließen. Da muss sich aber auch jeder an seine eigene Nase fassen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Daraus eine Lehre zu ziehen, ist für uns wichtig; denn in der Bank, die jetzt neu aufgestellt wird, darf das Risiko der erneuten Bildung eines Klumpenrisikos nicht mehr vorhanden sein. Das ist eine der Anforderungen, die wir als CDU-Fraktion an die Verhandlungen in den nächsten Wochen stellen.

Dem Finanzminister ist es zu einem Zeitpunkt, zu dem es noch Sinn machte, in schwierigen, aber zukunftsorientierten Verhandlungen gelungen, eine Allianz all derjenigen zu schaffen, die für den Fortbestand der Bank wichtig sind. Der Umbau der Bank wird allerdings schmerzhaft Einschnitte erforderlich machen. Das hier nicht anzusprechen, wäre falsch; denn wir alle wissen, dass wir erst am Anfang des Sanierungswegs der NORD/LB stehen und noch nicht am Ende angelangt sind.

Das jetzige Ergebnis ist insofern ein Zwischenergebnis. Weil weitere Verhandlungen, z. B. Gespräche mit der Generaldirektion Wettbewerb, ausstehen, ist völlig klar - Herr Birkner, das wussten Sie, bevor Sie heute hier an das Rednerpult herangetreten sind -, dass der Finanzminister heute noch gar keine Ergebnisse der Gespräche, die in den nächsten Wochen zu führen sind, verkünden kann - nachdem der Businessplan und der Finanzierungsplan aufgestellt sind und die Verhandlungen geführt worden sind.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Aber er weiß, dass alles großartig ist! Er sagt, es ist alles super!)

Es wäre natürlich auch falsch, hier Dinge zu erklären, die mit den anderen Beteiligten, den anderen zukünftigen Trägern noch nicht geklärt sind.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wer sagt, dass das nachhaltig ist? - Christian Grascha [FDP]: Worthülsen hat er aber schon!)

Das heißt aber doch übersetzt, dass die Landesregierung nach Ihrer Auffassung heute nicht hätte unterrichten dürfen. Das aber haben Sie selber eingefordert!

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist Unsinn!)

Man kann nicht eine Unterrichtung zu einem Zeitpunkt einfordern, zu dem man die Antworten auf die Fragen, die man stellt, noch nicht bekommen kann, und sich dann darüber beschweren, dass man die Antworten auf die Fragen nicht bekommt, die man in den Raum gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Herr Wenzel, zur BLB habe ich schon einiges gesagt.

Auf einen Aspekt Ihrer Rede muss ich noch ein Stück weit eingehen, weil er mich erneut hellhörig hat werden lassen. Sie haben mehrfach betont,

dass es Ihnen wichtig ist, dass das Nachrangkapital in der Bank mit zur Verantwortung gezogen wird. Rechtlich gibt es nur einen Weg, das zu tun, und das ist der Weg, den Sie in einem Interview schon einmal öffentlich angesprochen haben.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das stimmt nicht!)

- Das ist so! Nachrangkapital ist kein haftendes Kapital!

Was Sie hier wollen, führt die Bank automatisch in die Abwicklung. Wenn Sie ein solches Signal aus dieser Plenarsitzung erneut setzen wollen, dann muss die Mehrheit dieses Landtages der Öffentlichkeit und allen Kunden der Bank sagen: Sie können sich darauf verlassen, dass Herr Wenzel als Vorsitzender des Haushaltsausschuss hierzu eine Einzelmeinung vertritt. Die Mehrheit dieses Parlaments wird diese Bank nicht abwickeln, auch wenn Herr Wenzel das immer wieder ins Spiel bringt!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Bei Ihnen beiden haben wir alle, glaube ich, etwas vermisst: eine Antwort! Sie sind offenkundig gut darin, Klagen zu führen oder Fragen zu stellen. Ich habe weder bei den Grünen noch bei der FDP einen Vorschlag gehört, wie der Niedersächsische Landtag, wie die Träger der NORD/LB mit dieser Situation konstruktiv umgehen sollten, um das Vermögen des Landes, um das Geld der Steuerzahler, um die Sparkassenlandschaft in Niedersachsen und um die Landesbankenlandschaft in Deutschland nachhaltig und dauerhaft zu schützen. An der Stelle ist bei Ihnen im Moment nur eine Leerstelle. Da machen Sie sich einen schlanken Fuß. Nein, viel schlimmer: Sie machen - das ist mein Eindruck - sich vom Hof!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das wurde heute offensichtlich.

Als CDU-Fraktion werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der SPD-Fraktion, mit den notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen - diese sind angesprochen worden; das sind im Wesentlichen die Änderung des Staatsvertrages und ein Finanzierungsgesetz - den weiteren Prozess konstruktiv begleiten.

Wir haben einige Punkte, die für uns dabei zentral wichtig sind:

Wir stehen zur Braunschweigischen Landessparkasse. Wir erwarten, dass diese baldmöglichst und dauerhaft abgesichert wird.

Wir stehen zu den regionalen Standorten der Bank.

Wir erwarten bei der Neustrukturierung, die die NORD/LB dauerhaft durchführen muss, zugleich, dass die Bank so aufgestellt wird, dass sie erkennbar dauerhaft rentabel ist. Die Bank muss kleiner werden. Sie muss rentabler werden. Das Risiko für den Landeshaushalt, für die Sparkassen und die Landesbanken als weitere Träger und für die Steuerzahler muss im weiteren Prozess minimiert werden, und es muss die Basis dafür geschaffen werden, dass gleichzeitig die Voraussetzungen für die weitere Konsolidierung des Landesbankensektors damit gelegt sind.

Das sind unsere Anforderungen an den Businessplan, an den Finanzplan und auch an die Vertragsverhandlungen, die in den nächsten Wochen und Monaten zur NORD/LB zu erarbeiten sind. Die Verhandlungen der zukünftigen Träger über diese Fragen und die Verhandlungen mit der EU-Kommission und der Bankenaufsicht sowie die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen bedeuten für alle Beteiligten noch erhebliche Arbeit. Aber die Weichenstellungen sind jetzt erfolgt.

Auch in diesen Weichenstellungen stecken bereits viel Verhandlungsgeschick und viel Arbeit. Insofern dankt die CDU-Landtagsfraktion an dieser Stelle insbesondere dem Vorstandsvorsitzenden der NORD/LB, Thomas Bürkle, dem Präsidenten des DSGV, Helmut Schleweis, und ganz besonders an dieser Stelle dem Finanzminister des Landes Niedersachsen, Reinhold Hilbers, der in den letzten Wochen und Monaten, seit seinem Amtsantritt hart gearbeitet hat, der die Neuaufstellung der NORD/LB forciert und vorangetrieben hat. Er hat, wie wir finden, mit seinem Einsatz für die Restrukturierung und den Erhalt der Bank jetzt eine hervorragende Basis geschaffen. Lieber Reinhold Hilbers, dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das Ziel der jetzt vor uns liegenden Verhandlungen und der Arbeit, die noch zu tun ist, muss eine solide aufgestellte, dauerhaft rentable Bank zum Wohle des Landes, zum Wohle der Finanzwirtschaft und zum Wohle des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen sein. Ich habe weiterhin die Hoff-

nung, dass es auf dem Weg bis dorthin noch gelingt, die Unterstützung für diesen Prozess über die die Regierung tragenden Fraktionen hinaus zu organisieren. Wir haben gleich im Haushaltsausschuss Gelegenheit, das Weitere zu besprechen.

Ich will schließen mit einem weiteren Zitat aus dem heute veröffentlichten Interview mit Oberbürgermeister a. D. Hoffmann. Es wäre fair gewesen, Herr Wenzel, wenn Sie in Gänze zitiert hat. Er hat in diesem Interview nämlich gesagt:

„Finanzminister Hilbers, der das ja alles geerbt hat, hat ein sehr professionelles, kühles Krisenmanagement gemacht.“

Herzlichen Dank dafür!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der SPD - Christian Meyer [GRÜNE]: Die SPD klatscht für das Abwatschen von Schneider! - Widerspruch von Johanne Modder [SPD])

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thiele. - Meine Damen und Herren, Herr Kollege Meyer, ich darf um Ruhe bitten.

Jetzt steht noch der Redebeitrag der Fraktion der AfD aus. Herr Kollege Lilienthal, ich erteile Ihnen das Wort.

Peer Lilienthal (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die NORD/LB steckt in der Krise. Sie alle - bis auf Herrn Thiele, der das eben sehr deutlich gesagt hat - haben das natürlich blumiger formuliert. Sie haben gesagt, man müsse die NORD/LB jetzt auf ein vernünftiges Fundament stellen, was natürlich nichts anderes bedeutet, als dass das Fundament vorher wackelig und brüchig war.

Es freut mich zunächst einmal, dass wir hier gemeinsam zu der Erkenntnis gelangt sind. Noch vor einigen Wochen wurde aus der CDU-Fraktion gesagt, die NORD/LB ist eine robuste Bank, das würde man am Geschäftsbericht 2017 erkennen. - Ich komme gleich dazu, warum genau das nicht richtig ist.

Aus der SPD-Fraktion haben wir hier an dieser Stelle in den vergangenen Wochen gehört, es gibt diese Krise eigentlich gar nicht. Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie jetzt einen Schritt

weiter sind und unsere Auffassung von damals teilen.

(Beifall bei der AfD)

Woher kommt diese Krise eigentlich? - Das ist aus meiner Sicht hier verkürzt dargestellt worden, weil Sie im Grunde genommen einen ganz wichtigen Aspekt, der diese Krise herbeigeführt hat, weglassen haben. Aber gerade dieser Aspekt ist es, der weiterwirkt, auch wenn alle Schiffskredite, die bei der NORD/LB im Portfolio sind, abgestoßen werden. Dabei handelt es sich um die Niedrigzinsphase, die seit 2008 - also seit über zehn Jahren - anhält und den Leitzins von 4 % - schon das war im Grunde genommen historisch niedrig - auf jetzt 0 % hat fallen lassen.

Diese Zinspolitik - der Name sagt es ja schon - ist nicht vom Himmel gefallen, sondern sie ist ein Teil der EU-Finanzpolitik. Auch das können Sie den Leuten gerade vor dem Hintergrund der Wahlen zum Europäischen Parlament vielleicht mitgeben. Das ist also ein Teil europäischer Fiskalpolitik, den wir gerade ausbaden.

(Zustimmung bei der AfD - Unruhe)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Lilienthal, einen Moment, bitte! - Meine Damen und Herren, mittlerweile hat sich eine erhebliche Unruhe im Plenarsaal eingestellt. Es werden Einzelgespräche geführt, und es wird hin- und hergewandert. Darf ich bitten, einfach noch Platz zu nehmen und aufmerksam zuzuhören!

Bitte sehr, Herr Kollege!

Peer Lilienthal (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Was den Eigenheimkäufer freut - zumindest, wenn er sein Eigenheim darlehensfinanziert hat -, setzt Kreditinstitute unter Druck. Das gilt im Übrigen für alle, also für die kleine Sparkasse in Kornwestheim über unsere Landesbank bis hin zur Deutschen Bank. Das war in den letzten Wochen und Monaten ganz deutlich in den Medien.

Das ist eigentlich auch kein Wunder; denn die Zinsen - also Geld für Geld - sind nun einmal eines der Kernbestandteile des Modells „Bank“. Und das bricht im Moment weg. Vielerorts wurde deshalb „Bank“ ganz neu gedacht. Man ging mehr ins Risiko, hat also die Einnahmesituation verbessert. Es wurden Filialen geschlossen; man hat also an der Ausgabenseite gedreht. Klar ist aber eines: Wer

sich nicht bewegt hat, kommt in Probleme; denn gegen diesen Zinsdruck, der jetzt schon seit zehn Jahren anhält, kann man auf Dauer nicht ansparen. Da kann man konsolidieren, entlassen und schrumpfen, so viel Sie wollen! Das bekommt man, wenn man weiter im Grundmodell „Bank“ bleibt, nicht geregelt.

Der zweite Punkt ist hier schon mehrfach angesprochen worden: die Schiffskredite. Wir müssen uns in Erinnerung rufen, wie sie eigentlich entstanden ist. Das ist nichts - ich hatte das an dieser Stelle schon einmal erklärt -, was jetzt wirklich nur marktlich ist.

Es galt mal als ganz besonders tolle Idee, quasi als hippe Moment, in Schiffe zu investieren. Das war auch ein Steuersparmodell; das muss man ganz klar sagen. Das haben sich insbesondere Leute mit hohem persönlichen Grenzsteuersatz - also Gutverdiener wie Zahnärzte usw. - angeschafft, weil die erhöhten Abschreibungen am Anfang dazu geführt haben, dass die Anschaffungskosten im Prinzip ganz schnell überkompensiert waren und man dann ganz viel Steuern sparen konnte. Das war auch ein Teil der Geiz-ist-geil-Mentalität. Das muss man sagen. Finanziert wurde das auch durch die NORD/LB.

Dann hat es einen marktlichen Einbruch gegeben. Der Frachtverkehr auf den Meeren ist weniger geworden, aber es hat auch ein Überangebot an Schiffsportfolios, an Schiffen, gegeben. An dieser Stelle war die NORD/LB nicht nur Teil der Entwicklung, sondern sie war auch Akteur, indem sie nämlich mit ihren Schiffsportfolios, mit den Schiffsfinanzierungen, für ein Überangebot gesorgt hat. Diese Kredite wurden dann nicht mehr bedient, sie sind ausgefallen, die Forderungen waren nicht mehr werthaltig, sie wurden abgeschrieben. Das zieht das Betriebsergebnis runter, also den Gewinn. Und da die NORD/LB nicht alleine auf der Welt ist, sondern sich in einem System aus BaFin, Ratingagenturen usw. befindet, braucht sie also mehr Geld, frisches Geld, viel Geld.

Das Finden dieses Geldes, Herr Minister, war in den letzten Monaten eine Ihrer wesentlichen Aufgaben, neben der des Abbaus von Altschulden, was ja nicht funktioniert hat. Dieser Prozess hier ist aber deutlich schwieriger, Das ist auch uns klar. Es braucht Überblick, Fingerspitzengefühl - vor allem politisches Fingerspitzengefühl -, Kontakte und - auch das darf nicht unerwähnt bleiben - eine Prise Fortune, also ein bisschen Glück.

Herr Minister, Sie hatten auf jeden Fall jederzeit den Überblick über die Situation. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Dasselbe unterstelle ich auch dem jetzt noch aktiv handelnden Vorstand der NORD/LB, Herrn Bürkle. Ich glaube, Sie wussten zu jeder Zeit, was Sie tun. Alles andere, Herr Minister, habe ich bei Ihnen aber nicht erkannt. Insbesondere Fingerspitzengefühl und - ja - auch Glück haben Ihnen gefehlt. Das alles haben meine Vorredner Herr Wenzel und Herr Dr. Birkner schon weit und umfangreich ausgeführt.

Das ist aber im Prinzip „schießen über Gräber“. Wir wollen uns vielmehr damit befassen, wo wir jetzt stehen. Wo steht die NORD/LB heute? Die Schiffsbeteiligungen sind teilweise veräußert. Zu welchem Preis, wissen wir nicht; das ist geheim, Stillschweigen vereinbart. So weit, so gut: Wir hoffen, dass zumindest der Schrottpreis der Schiffe noch erzielt wurde. Frisches Geld soll kommen, einerseits von den Sparkassen - das wundert mich ein bisschen; ein bisschen ist noch untertrieben; das wird aber an anderer Stelle zu klären sein - und dann auch vom Land, aber kein Steuergeld!

Das hört sich zunächst einmal nach einem ganz besonders erfolgreichen Zaubertrick an, aber die Lösung wird uns hier präsentiert. Wie geht das? Es soll also eine Beteiligungsgesellschaft geschaffen werden, ähnlich der HanBG, die dann Kredite aufnimmt und dieses Geld in die NORD/LB bringt. Das muss man sich vielleicht noch einmal kurz vergegenwärtigen: Man nimmt einen Kredit auf, um Eigenkapital zu stärken.

(Lachen bei der AfD)

Bei jedem Stammtisch mit Finanzbeamten und Wirtschaftsprüfern wäre das ein Running Gag gewesen. Vielleicht denken Sie noch einmal darüber nach und lachen später. Das ist eigentlich relativ lustig.

(Beifall bei der AfD - Ulrich Watermann [SPD]: Bei Ihnen kann ich nicht lachen!)

- Sie müssen auch nicht lachen. Bei Ihnen kann ich auch nicht lachen, Herr Watermann.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Auf der anderen Seite ist es aber so, dass das Land bürgen soll. Damit ist doch klar, was auch schon angesprochen wurde: Das Land steht selbstverständlich im Risiko, auch wenn es jetzt nicht gleich händisch das Geld von A nach B überweist. - Und mit Blick auf diese Gesellschaft

muss man eines sagen: Wenn wir jetzt eine Gesellschaft aus dem Boden stampfen, dann ist doch völlig klar, dass sie nur Kredit bekommt, wenn der mit irgendetwas hinterlegt ist, also entweder auch mit weiteren Bürgschaften oder mit Sicherheiten. - Ich weiß nicht, ob Sie als Sicherheit vielleicht die Marienburg hinterlegen wollen oder irgendetwas anderes.

(Heiterkeit bei der AfD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

Klar ist: Einfach so, also aus der Luft heraus, wird das nicht funktionieren. Das geht nicht. Hier wird der Eindruck erweckt - und der ist nicht in Ordnung -, das Land würde sich über diese Gesellschaft aus dem Risiko herausziehen können. Das kann es aber nicht.

(Beifall bei der AfD)

Und im Übrigen: Wenn das ein gutes Geschäft wäre - also dieses Eigenkapital einzubringen und dann Dividende einzustreichen -, hätte der Markt das für uns schon gemacht. Das kann ich Ihnen sagen. Wir begeben uns da auf jeden Fall in ein Geschäft, bei dem überhaupt nicht absehbar ist, wo es hinführt. Deshalb glauben wir, dass der Schritt, sich als Land über diese Gesellschaft zu beteiligen, zumindest bedenklich ist.

Wir haben dafür im Wesentlichen drei Gründe, die wir hier mit Ihnen teilen wollen. Und übrigens: Einer ist auch lösungsorientiert. - Sie haben ja hier vorhin verlangt, dass wir als Opposition - zunächst einmal waren natürlich die Grünen und die FDP angesprochen - uns mit Vorschlägen einbringen sollen. Also, ich muss schon sagen: Sie präsentieren uns im Grunde genommen die Idee einer Landesbank, die völlig nebulös ist, und wir sollen dann unsere Vorschläge dazu einbringen. Sie müssen schon erst einmal vorlegen, das ist völlig klar.

(Beifall bei der AfD)

Der erste Punkt, der dagegen spricht: Unternehmensrettung ist nicht Aufgabe des Staates. Nach unserer Vorstellung hat der Staat in der sozialen Marktwirtschaft gute Bedingungen für fairen Handel zu schaffen. Er hat auch gut ausgebildete Menschen bereitzustellen. Er soll den Mensch und die Umwelt vor Ausbeutung durch Unternehmen schützen. Aber er soll nicht einspringen, sobald ein Unternehmen am Ende ist. Damit verzerren Sie nicht nur Wettbewerb.

Im Übrigen: Das Ende eines Unternehmens ist ein ganz normaler Prozess, auch bei so großen Unternehmen. Da können wir als Staat nicht dauerhaft hingehen und sagen: Nur weil uns dieses Asset abhandenkommt, gehen wir dort mit Geld hinein. - Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der AfD)

Der zweite Punkt ist aber viel wichtiger: Bei allem, was wir gehört haben, sind weite Einschnitte erforderlich. Wenn die NORD/LB bisher gut aufgestellt war, frage ich mich natürlich, was sie nach diesen Einschnitten ist. Wir wollen auch wissen, welche Aufgaben eigentlich wegfallen. Wir haben im Moment eine Landesbank, die so etwas Ähnliches wie ein Alleinstellungsmerkmal hat, also bezüglich der Dinge, die sie finanziert. Von daher müssen wir natürlich wissen: Welche dieser Aufgaben fallen weg? Welches Alleinstellungsmerkmal macht die NORD/LB eigentlich zukünftig aus? Das ist eine Frage, die Herr Dr. Birkner auch schon gestellt hat. Diese müssen Sie zumindest, wenn Sie schon nicht ganz genau, trennscharf sagen können, was daraus wird, vorher beantworten können. Was können die machen?

Denn eines ist doch klar: Wenn ich das alles höre: „Sie wird regionaler, wird kleiner, wird effektiver“, dann fällt mir sofort eine Großsparkasse ein. Wenn Sie also vorhaben, aus unserer Norddeutschen Landesbank in Hannover eine zweite Sparkasse zu machen, dann muss ich Ihnen ganz klar sagen: Die brauchen wir nicht. Die haben wir nämlich schon, mit besserer Expertise und einem geringeren Wasserkopf.

(Beifall bei der AfD)

Der dritte Punkt ist: Achtung, die AfD, die Partei der Arbeitnehmer! Jetzt kommt es: Klar ist eines: In diesem Prozess - egal wie er läuft, und egal, wie wir das machen - werden Arbeitskräfte freigesetzt. Das ist im Prinzip eine widerliche - ich hoffe, „widerlich“ ist nicht auf der Liste -, eine unangenehme Formulierung. Leute verlieren ihre Arbeit. Das schlägt in Familien richtig ein.

Deshalb machen wir folgenden Vorschlag: Von den derzeit 6 000 Beschäftigten werden im ersten Schritt etwa 2 000 - wenn man das radikaler macht, vielleicht auch mehr - arbeitslos. Diese Arbeitskräfte werden in der NORD/LB auf jeden Fall nicht mehr gebraucht. An dieser Stelle schlagen wir vor, als Land tatsächlich einzugreifen und eine Art Transfergesellschaft zu gründen, für zwei bis drei Jahre, die diese Leute qualifiziert.

Wir hören doch permanent den Jammergesang vom Fachkräftemangel. Wenn Sie das nur annähernd selber glauben, dann sehen Sie: Wir haben hier ein Fachkräftepotenzial, das wir weiterqualifizieren und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen können. Das ist auf jeden Fall besser als die Hängepartie, in die Sie diese Leute bei der NORD/LB jetzt schicken.

(Beifall bei der AfD)

Aus unserer Sicht ist es so: Wenn wir die NORD/LB jetzt weiter an den Tropf hängen und uns nicht wirklich ehrlich damit befassen, was mit diesem Kreditinstitut in Zukunft werden soll, werden wir das Leiden in die Unendlichkeit verlängern.

So weit erst einmal dazu. Den Rest machen wir dann im Ausschuss und in den nächsten Wochen.

Ende.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lilienthal. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss ein bisschen Ruhe herrschen. Wir sind auf der Zielgeraden.

Es hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Anja Piel gemeldet. Bitte sehr!

Anja Piel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Denn die einen sind im Dunkeln
und die andern sind im Licht
und man siehet die im Lichte
die im Dunkeln sieht man nicht.

So heißt es in der „Dreigroschenoper“ von Bertolt Brecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin dem Herrn Finanzminister Hilbers erst einmal sehr dankbar dafür, dass er sich heute auf die Einladung von FDP und Grünen ins Licht gewagt hat.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Er ist ja auch kein Dunkelmann!)

Er hat sich heute hier wenigstens hingestellt und seinen Offenbarungseid geleistet, nicht ganz freiwillig, nicht ganz so großspurig wie sonst, wie gewohnt. Wir warten auch schon sehr lange auf diese Information; denn selbst in vertraulicher Ausschusssitzung erfahren wir selten weniger als die Presse.

Mich wundert auch - und das muss man vielleicht auch einmal genau ins Auge fassen -, wie bedeckt sich einige hier im Saal halten.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Von Ihnen, Frau Modder, hätte ich erwartet, dass Sie etwas z. B. dazu sagen, was mit öffentlichem Geld in Niedersachsen passiert. Stattdessen gibt uns Frauke Heiligenstadt eine Einweisung darüber, wie sich Opposition zu verhalten hat.

(Zurufe von der SPD)

Frauke Heiligenstadt, Sie sind sicherlich nicht verdächtig, der Robin Hood der SPD dieser Landesregierung zu sein.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Und Sie sind sicherlich auch nicht verdächtig, sich an dieser Stelle mit besonders hohem Einsatz eingebracht zu haben. Wenn es Ihnen aufgefallen ist: Herr Hilbers hat über die Standorte ganz anders als Sie geredet. Wenn man hier mit so breiter Brust auftritt, empfiehlt es sich vielleicht, vorher mit dem Finanzminister noch einmal über die Arbeitsplätze an den Standorten zu reden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP - Zurufe von der CDU)

Und während Assistenzarzt Hilbers hier - hemdsärmelig, wie man ihn kennt - von einer Operation am offenen Herzen spricht, lehnt sich der Chefarzt Herr Dr. Weil gemütlich zurück und lässt die anderen machen.

(Unruhe bei der SPD)

Es ist schon komisch, und es fällt auch nicht nur uns auf,

(Johanne Modder [SPD]: Das ist ein ernstes Thema!)

dass bei den Geschäften der Landesregierung, die so ein bisschen den Ruch haben, schwierig zu werden, immer die zweite Reihe der CDU vorgeschickt wird. Bei der Marienburg lässt man Herrn Minister Thümler bluten, jetzt kriegt Herr Hilbers den Spott ab. Herr Weil, Sie sind nicht Ministerpräsident, um Schaden von sich selber abzuwenden, sondern Sie haben Verantwortung für das Wohl dieses Landes zu übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Sagen Sie mal was zur Sache!)

- Frau Modder, Sie hätten die Chance gehabt, hier vorne etwas zu sagen. Die haben Sie nicht wahrgenommen.

(Johanne Modder [SPD]: Ich stelle ja nur eine Frage! - Weitere Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Einen Moment, bitte, Frau Piel! - Meine Damen und Herren, vielleicht jetzt zum letzten Mal: Absolute Ruhe ist angesagt. Hier redet nur eine Person, und das ist im Moment Frau Piel.

Weiter geht's!

Anja Piel (GRÜNE):

Es sagt eine Menge über diese Landesregierung aus, wenn man sieht, wer sich hier ins Licht stellt und wer lieber im Dunkeln bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es ist auch interessant, wen Herr Hilbers ins Licht rückt und wen er lieber im Dunkeln lässt. Herr Hilbers - ich bin ja nicht vom Fach, wenn es um Banken geht; vielleicht muss ich die Angelegenheiten deshalb für mich immer ein bisschen unterbrechen -: Wer sind eigentlich die stillen Gesellschafter der NORD/LB? Genau wissen wir das nicht. Wir wissen aber, dass sie bei den Gewinnen der NORD/LB gut mitverdient haben. Und wir wissen auch, dass sie an der Rettung dieser Bank nicht beteiligt werden.

Deswegen war ich ein bisschen überrascht, dass sich Herr Thiele eben so weit aus dem Fenster gelehnt hat bei dieser staatstragenden Rede, in der er auch vom Drei-Säulen-Modell gesprochen hat. Haben Sie an der Stelle von Jersey oder von Deutschland gesprochen?

Herr Hilbers, auch Sie schonen diese stillen Teilhaber.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Ja, das war schon sehr wortgewaltig, Herr Thiele. Und Sie wissen auch ganz genau, dass sich diese Grünen-Fraktion nie der Position der Abwicklung angeschlossen hat; davon haben wir nie geredet.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Sie haben davon geredet! Sie haben alles geprüft, haben Sie gesagt!)

Aber wir hätten von Ihnen erwartet - da bin ich ganz bei dem Kollegen Stefan Wenzel -, dass Sie gerade in der Frage, wer an Gewinnen beteiligt wird und wer die Verluste trägt, einmal die Aufsicht bemüht hätten. Denn - Herr Thiele, das haben Sie eben wohlweislich verschwiegen - bei jedem Modell hätten Sie über die Aufsicht auch diejenigen, die ihr Vermögen auf Jersey haben, beteiligen können. Das haben Sie versäumt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, Sie werden keine Steuergelder einsetzen, und haben - Herr Thiele, das habe ich sehr wohl gehört - ganz vorsichtig ein „heute“ dahinter gesetzt. Das sagt viel über Ihre Perspektive aus. Das geschlossene System, das keine Steuergelder benötigt, haben Sie hier alle zusammen hübsch skizziert. Aber man hat an dem Applaus auf der anderen Seite gemerkt, dass niemand so wirklich daran glaubt.

Unsere Forderungen sind klar: Beteiligen Sie die Profiteure der Geschäfte der Vergangenheit, und schonen Sie die Sparkassenverbände und die öffentliche Hand! So könnte man wahrscheinlich mehr Arbeitsplätze sichern, als es Ihnen am Ende gelingen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und vor allen Dingen: Stehen Sie zu dem, was Sie tun! Stehen Sie zu den Lücken, die Sie uns hier vorgelegt haben! Die Arbeit, die jetzt vor Ihnen liegt, ist noch lange nicht abgeschlossen. Ich bin sehr skeptisch, dass es Ihnen gelingen wird, all das Zauberhafte, was Sie uns hier heute verkündet haben, in die Wirklichkeit zu übersetzen.

Ich sage Ihnen, Frau Heiligenstadt und Herr Thiele: Wir als Parlamentarier werden Ihnen auf den Fersen bleiben.

(Johanne Modder [SPD]: Oh! Jetzt kriegen wir aber Angst!)

Wenn Sie heute schon sagen, dass das alles funktionieren wird, dann dürfen Sie sich darauf freuen, von uns in den nächsten Debatten zitiert zu werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP - Zuruf von der CDU: Was war das denn? - Gegenruf von Ulrich Wa-

termann [SPD]: Das war das Pfeifen im Walde!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Frau Kollegin, einen Moment noch! Frau Kollegin Heiligenstadt wollte eine Zwischenfrage stellen.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Redezeit!)

- Das hat sich erledigt. Alles klar.

Die SPD hat noch 1:53 Minuten Redezeit. Frau Heiligenstadt, bitte sehr!

Frauke Heiligenstadt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Piel, ich weiß nicht, ob Sie für sich tatsächlich so richtig registriert haben, worum es hier heute bei dieser Debatte geht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sehr geschätzte Kollegin Piel, Sie haben von denen im Licht und denen im Dunkeln gesprochen. Sie sprechen in Bildern.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Was ist mit der Steueroase?)

Ich sage ganz deutlich: Das ist eine der wichtigsten Vermögensbeteiligungen, die wir hier im Land haben. Das ist eines der größten Unternehmen, das wir hier im Land haben, mit 6 000 Beschäftigten.

(Anja Piel [GRÜNE]: Haben Sie eine Antwort zu Jersey? Oder erzählen Sie mir wieder das Gleiche wie vorhin?)

Dieses Thema ist nicht geeignet, hier in Bilderbuchsprache darüber zu reden und sich selbst zu inszenieren, meine Damen und Herren. Dafür ist dieses Thema nicht geeignet!

(Starker Beifall bei der SPD und bei der CDU - Dr. Stefan Birkner [FDP] meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Herr Kollege Dr. Birkner, Sie erwischen mich in einer Situation, in der ich nicht weiß, wie viel Redezeit Sie noch haben. - Einen Moment, bitte!

(Christian Grascha [FDP]: Sechs Minuten!)

Wir beide haben Glück: Sie haben noch 5:27 Minuten. Bitte sehr!

(Zuruf von der CDU: Die muss man nicht nutzen!)

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Nein, die muss man nicht nutzen.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Heiligenstadt, Sie haben recht: Das ist eine ganz wichtige Entscheidung bzw. Diskussion für das Land Niedersachsen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das eine wichtige Landesbeteiligung ist. Auch der Minister hat in seinem Redebeitrag darauf hingewiesen. Es geht um mindestens 2,5 Milliarden Euro, die am Ende durch den Steuerzahler verantwortet werden. Da stimme ich Ihnen total zu.

Aber erschreckend finde ich - die Kollegin Piel hat es hier schon angesprochen -, dass der Ministerpräsident nicht ein Wort zu dieser wesentlichen Entscheidung sagt, dass er nicht ein Wort dazu sagt, wo er eigentlich steht.

(Starker Beifall bei der FDP, bei den GRÜNEN und bei der AfD - Wiard Siebels [SPD]: Geht das wieder los!)

Vizepräsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dr. Birkner.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Somit ist die Besprechung dieses Tagesordnungspunktes geschlossen.

Ich darf zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts kommen.

Der nächste, der 16. Tagungsabschnitt ist vom 27. Februar bis zum 1. März 2019 vorgesehen. Die Landtagspräsidentin wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Alles Gute!

Schluss der Sitzung: 15.28 Uhr.